



INSTITUT FÜR TECHNIKFOLGEN-ABSCHÄTZUNG

manu:script

**Wandel der Formen
politischer Partizipation
und der Beitrag des Internet**
Schlussfolgerungen aus Bevölkerungs-
befragungen in Deutschland

Hilmar Westholm

pub.oew.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_09_03.pdf



OAW

Österreichische Akademie
der Wissenschaften

Wien, Dez./2009
ITA-09-03
ISSN 1681-9187

Wandel der Formen politischer Partizipation und der Beitrag des Internet

Schlussfolgerungen aus Bevölkerungsbefragungen in Deutschland

Hilmar Westholm

trend:research – Institut für Trend- und Marktforschung, Bremen/Köln/Stuttgart

Keywords

E-Partizipation, politische Integration, Bürgerbeteiligung, repräsentative Bevölkerungsbefragung

Abstract

Die mit den Begriffen „E-Democracy“ und „E-Participation“ bezeichneten Konzepte treten zu meist mit dem Anspruch auf, über neue Medien und hier insbesondere das Internet weitere Bevölkerungsgruppen für politische Partizipation zu gewinnen. Mittlerweile liegen viele Fallbeispiele vor, die diesen Anspruch fraglich erscheinen lassen. In einer repräsentativen Befragung der deutschen Wahlbevölkerung und einer parallel durchgeführten Online-Umfrage unter NutzerInnen elektronischer Partizipationsangebote konnte am Beispiel Deutschlands ein genaueres Bild gegenwärtig genutzter Formen politischer Partizipation – „offline“ und „online“ – gewonnen werden. Das „Standardmodell der politischen Partizipation“ wird bestätigt; das Internet verstärkt es noch: Für Frauen und sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen stellen die neuen Angebotsformen keine Erweiterung ihrer Nutzungsgewohnheiten dar, für junge Menschen offenbar schon. Der Aufsatz geht auch der Frage nach den Motiven für politische Beteiligung nach und relativiert die Behauptung, dass das Einfluss-Ausüben-Wollen das entscheidende Kriterium sei.

Inhalt

1	Einleitung.....	3
2	Methode	5
3	Empirische Befunde zur politischen Partizipation	7
3.1	Interesse an Politik	7
3.2	Beteiligung an bestimmten Partizipationsformen.....	7
3.3	Partizipationsmotive.....	10
4	Soziodemografische Aspekte der politischen Partizipation.....	11
4.1	Bildung.....	11
4.2	Alter	11
4.3	Geschlecht.....	14
4.4	Beruflicher Status.....	16
4.5	Ost-West Unterschiede.....	17
5	Schlussfolgerungen	18
5.1	Vielfalt an Partizipationsformen als demokratische Chance	18
5.2	Grenzen eines partizipationsorientierten Demokratieverständnisses	22
5.3	Motive politischer Partizipation und Auswirkungen für die „Anbieter“ von Partizipationsanlässen	23
6	Literatur	26

IMPRESSUM

Medieninhaber:

Österreichische Akademie der Wissenschaften
Juristische Person öffentlichen Rechts (BGBl 569/1921 idF BGBl I 130/2003)
Dr. Ignaz Seipel-Platz 2, A-1010 Wien

Herausgeber:

Institut für Technikfolgen-Abschätzung (ITA)
Strohgasse 45/5, A-1030 Wien
<http://www.oeaw.ac.at/ita>

Die ITA-manuscripts erscheinen unregelmäßig und dienen der Veröffentlichung von Arbeitspapieren und Vorträgen von Institutsangehörigen und Gästen. Die manuscripts werden ausschließlich über das Internetportal „epub.oeaw“ der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt:

<http://epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript>

ITA-manuscript: Nr. ITA-09-03 (Dezember/2009)

ISSN-online: 1818-6556

http://epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_09_03.pdf

© 2009 ITA – Alle Rechte vorbehalten

I Einleitung

Politische Partizipation spielt für das Funktionieren und die Lebendigkeit einer liberalen Demokratie eine besondere Rolle. Allenthalben wird in vielen westlichen Ländern ein Rückgang des politischen Engagements der Bürgerinnen und Bürger beklagt. Indikatoren hierfür sind rückläufige Beteiligung an Wahlen und geringere Mitgliederzahlen in politischen Parteien und Interessenverbänden (Krack-Rohberg/Weichs 2008): Bei der Bundestagswahl 2005 war mit 77,7 % die niedrigste Wahlbeteiligung seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland zu beobachten (vgl. Abbildung 1). Die Mitgliederzahl der im Bundestag vertretenen Parteien ist in Deutschland zwischen 1990 und 2006 um ein Drittel auf nunmehr 2,3 % der Bevölkerung im wahlberechtigten Alter abgesunken (ebd., S. 388). Mit Begrifflichkeiten wie Politik(er)verdrossenheit und nicht gelungener politischer Integration wird versucht, diesen Entwicklungen analytisch beizukommen.

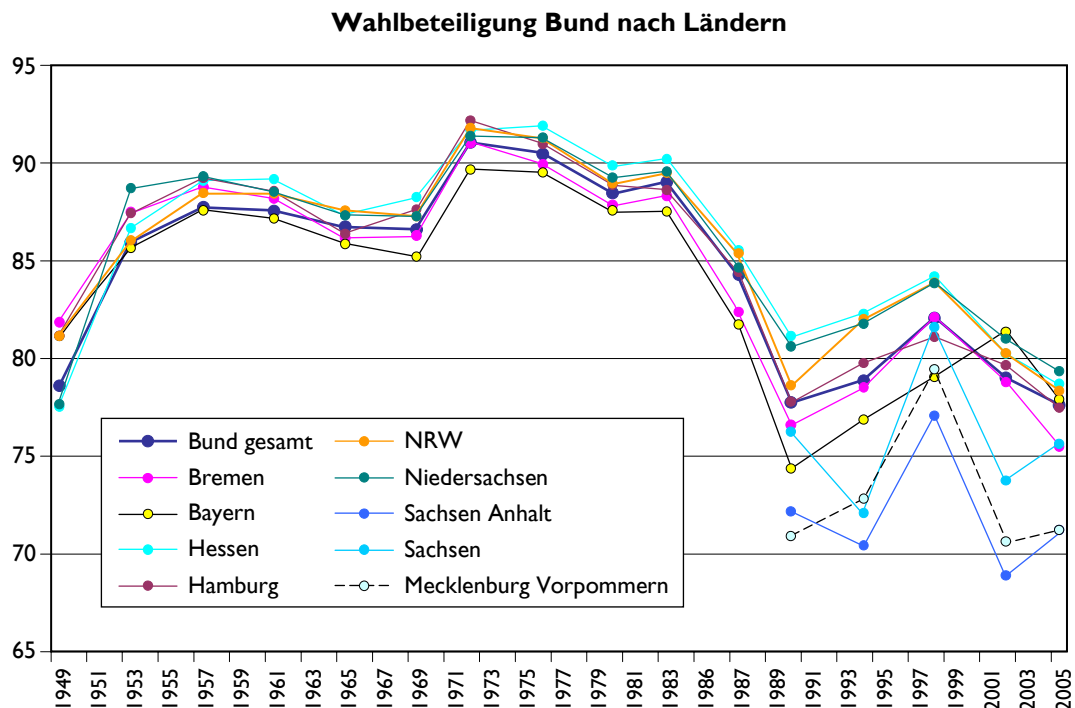


Abbildung 1: Wahlbeteiligung an Bundestagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland nach dem 2. Weltkrieg, Bund gesamt und ausgewählte Bundesländer, ab 1990 mit ausgewählten neuen Bundesländern (in Prozent der Wahlberechtigten)
Quelle: Statistisches Bundesamt

Der theoretische Diskurs in der Politikwissenschaft ist dabei von zwei Hauptfunktionen politischer Partizipation gekennzeichnet: Protagonisten der liberalen Demokratietheorie sehen in erster Linie die instrumentelle Funktion von Partizipation, nämlich vernünftige Auswahlformen für politische Repräsentanten zu gewährleisten und die Verteilung von politischer Macht zu legitimieren. Anhänger der partizipativen Demokratietheorie heben dagegen die intrinsische Funktion politischer Partizipation hervor sowie deren Auswirkungen auf die soziale Kohäsion liberaler Gesellschaften. Danach umfasst der Begriff politische Partizipation wesentlich mehr als nur die Teilnahme an Wahlen. In diesem Sinne wird hier von der Definition Max Kaases ausgegangen, der unter politischer

Beteiligung (als Synonym für politische Partizipation) alle Tätigkeiten bzw. Handlungen versteht, „die Bürger freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen“ (Kaase 1992, S. 339).

Allerdings ist der oben erwähnte Begriff der „Politikverdrossenheit“ kaum hilfreich, weil unpräzise (vgl. Arzheimer 2002). Treffender sind in der empirischen Politikwissenschaft benutzte Kategorien wie „Verhältnis Bürger-Parteien“, „Vertrauen in demokratische Institutionen“ oder „politisches Interesse“. Bei einer solchen Sichtweise wird schnell deutlich, dass es voreilig wäre, aufgrund der beiden aufgezeigten Befunde verallgemeinernd von zurückgehender politischer Partizipation zu sprechen, da es eher die *Formen* des Engagements zu sein scheinen, die sich wandeln – von der langfristigen Mitgliedschaft in Parteien oder Interessengruppen hin zu kürzeren Bindungen an Nichtregierungsorganisationen oder Bürgerinitiativen, Teilnahme an Demonstrationen, dem Sammeln von Unterschriften oder auch bewusstem Nicht-Wählen (vgl. Forschungsgruppe Wahlen 2004). Mit dem Aufkommen des Internet wurden zudem viele Hoffnungen verknüpft, über diesen neuen Kanal im politischen Feld besondere Änderungen zu bewirken und mehr Bürgerinnen und Bürger zur politischen Teilnahme zu bewegen.

Der vorliegende Beitrag untersucht am Beispiel Deutschlands anhand von Literaturstudien und zwei Umfragen, die der Autor Ende 2007 im Rahmen einer Studie für das deutsche Bundesministerium des Inneren federführend gemeinsam mit KollegInnen vom Institut für Informationsmanagement Bremen GmbH (ifib) und zebraLog e.V., Berlin, durchführte (Albrecht et al. 2008) sowie weiteren empirischen Befunden, welche Partizipationsformen genutzt werden, welche Rolle hierbei das Internet spielt und wie sich diese Nutzung unter soziodemographischen Gesichtspunkten aufteilt. Zudem wird der Frage nachgegangen, was BürgerInnen über den politischen „Impact“ denken, den ihre Beteiligung hat bzw. haben sollte?¹

Ausgehend von der Darlegung der methodischen Vorgehensweise werden empirische Befunde aus den Befragungen hinsichtlich der Indikatoren „politisches Interesse“, „politische Partizipation *offline*“, „E-Partizipation“ sowie der Motive für politische Partizipation vorgestellt. Im nächsten Schritt werden die Ergebnisse nach sozio-demographischen Merkmalen wie Bildung, Alter, Geschlecht, Berufsstatus und – für Deutschland nicht unwichtig – dem Wohnort in Ost- oder Westdeutschland untersucht. Die abschließenden Schlussfolgerungen diskutieren die Aspekte des Grades an politischer Integration, der Wahl der Partizipationsformen sowie den im Aufsatz gewählten Begriff politischer Partizipation und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für staatliche Anbieter von Partizipationsmöglichkeiten.

¹ Besonderer Dank gilt Steffen Albrecht und Matthias Trénel von zebraLog e.V., Berlin, für die Diskussion der Dateninterpretationen in einem frühen Stadium, Niels Kohlrausch und Christian Wiedwald vom Institut für Informationsmanagement Bremen GmbH für die Aufarbeitung der Daten sowie Andrea Jezela von der Forschungsgruppe Wahlen Telefonfeld, Mannheim, für die geduldige Diskussion methodischer Fragen auch noch Monate nach Beendigung der Erhebung.

2 Methode

Bei den meisten Beispielen politischer Partizipation wissen die Organisierenden nicht, wer sich wirklich beteiligt und wer nicht.² Normalerweise werden dabei keine sozio-demographischen Daten erhoben, weil dies als zusätzliche Barriere für Beteiligung empfunden würde und die Gefahr groß wäre, dass falsche Daten angegeben würden. Aus diesem Grunde wurde im Rahmen eines Gutachtens für das (deutsche) Bundesinnenministerium der andere Weg gewählt, nämlich unabhängig vom konkreten Beispiel zu erheben, ob und in welchem Umfang Angebote politischer Partizipation bereits genutzt wurden. Im Oktober 2007³ wurden die zwei oben erwähnten Befragungen durchgeführt, deren Ergebnisse in diesen Beitrag einfließen:

- Eine repräsentative quantitative telefonische Exklusivbefragung unter 1.031 wahlberechtigten Deutschen über 18 Jahren, die in Privathaushalten mit Telefonanschluss leben (CATI-Methode).⁴ Die inhaltlichen Fragen bezogen sich u. a. auf das Interesse an Politik, schon genutzte Möglichkeiten politischer Einflussnahme wie Mitarbeit in einer Bürgerinitiative oder politischen Partei, Teilnahme an (un-)genehmigten Demonstrationen, Nutzung des Internet allgemein und speziell für politische Beteiligung; im Anschluss wurden demographische Daten abgefragt. Die unmittelbare Durchführung dieser Befragung inklusive anschließender Datengewichtung oblag der Forschungsgruppe Wahlen Telefonfeld GmbH.
- Da die Ergebnisse in eine Auftragsstudie zum speziellen Thema E-Partizipation einfließen sollten, war zu berücksichtigen, dass nur ein kleiner Teil der Bevölkerung tatsächlich Erfahrung mit der Nutzung von politischen Beteiligungsmöglichkeiten über das Internet hat. Deshalb wurde parallel zur repräsentativen Befragung eine Online-Befragung gezielt unter aktiv Nutzenden solcher Angebote durchgeführt (N=320).⁵ Um die Reliabilität dieser Daten besser einschätzen zu können, enthielt die Online-Befragung auch einige Fragen der Repräsentativbefragung, so z. B. nach der Nutzung von Möglichkeiten politischer Beteiligung allgemein (in herkömmlichen Formen) sowie speziell über Internet. Darüber hinaus wurde nach Gründen gefragt, warum man

² Der Autor hat in vielfältiger Weise Projekte politischer Partizipation selbst mit durchgeführt und evaluiert, so dass diese Erfahrungen in diesen Aufsatz einfließen. Hierzu gehören z. B. Online-Diskurse (z. B. Westholm 2003) wie auch Verfahren politischer Partizipation im „Medienmix“ (Westholm 2007, Westholm 2008, Aichholzer/Westholm 2009, Kubicek et al 2009) in Deutschland und anderen europäischen Ländern.

³ In 2007 und 2008 wurden keine Wahlen auf nationaler Ebene durchgeführt, und es gab auch im halben Jahr vor den Befragungen keine besonderen politischen oder sonstigen Ereignisse auf nationaler, europäischer oder globaler Ebene, so dass der Erhebungszeitpunkt als Standardsituation politischer Kommunikation in Deutschland beschrieben werden kann.

⁴ CATI steht für Computer Assisted Telephone Interviewing. Für die Stichprobe wurde eine zweistufige Zufallsauswahl verwendet. Zunächst wurden Haushalte ausgewählt, dann eine Person eines jeden Haushalts. Die Auswahl der Privathaushalte erfolgte im RLD-Verfahren (Randomized Last Digit) auf der Basis einer Stichprobe aus der Gesamtheit der Haushalte mit Eintrag im Telefonbuch. Mit Hilfe eines Zufallsverfahrens wurde dann aus den wahlberechtigten Mitgliedern jedes Haushalts die zu befragende Zielperson ausgewählt. Die Interviews wurden von 62 Interviewern durchgeführt. Die Auswertung der Studie erfolgte gewichtet. Zunächst wurde die Stichprobe, die haushaltsrepräsentativ ausgewählt wurde, in eine Personenstichprobe transformiert. Diese Transformation musste erfolgen, weil die Chance eines Haushaltsmitglieds, befragt zu werden, umgekehrt proportional zur jeweiligen Haushaltsgröße ist. Die Personenstichprobe wurde dann unter Berücksichtigung der amtlichen Statistik nach Geschlecht, Alter und Bildung gewichtet, um die durch Random-Ausfälle aufgetretenen Verzerrungen zu beseitigen. Die Fallzahl beträgt gewichtet und ungewichtet 1.031 Fälle.

⁵ Weitere wichtige Gründe waren, dass Telefoninterviews keine zu komplexen Fragen erlauben; zudem wollten wir auch etwas über die mögliche zukünftige Nutzung des Internet für Zwecke der Partizipation erfragen und gingen aufgrund vorangegangener Erfahrungen mit Befragungen zu zukünftigen möglichen Einsatzbereichen bestimmter neuer Technologien davon aus, dass solche Abschätzungen kaum vorstellbar waren, insbesondere bei Personengruppen, die von der Technologie wenig Kenntnis haben.

sich auf bestimmten Regierungsebenen (Kommune bis EU) beteiligt. Die URL zum Fragebogen wurde über E-mails an Beteiligte früherer E-Partizipationsprojekte insbesondere auf kommunaler Ebene sowie über eGovernment-Newsletter des Bundesinnenministeriums und einen weiteren der NGO-Website www.abgeordnetenwatch.de verbreitet.

Um die Auswertung und die Interpretation der Daten zu erhärten, wurden darüber hinaus Ergebnisse weiterer Befragungen und statistischer Auswertungen hinzugezogen, deren Fragen und Themen sich teilweise mit den unsrigen überschneiden und deren Ergebnisse zumindest teilweise öffentlich zugänglich sind:

- Eine wichtige Quelle stellt ein Befragungspanel im Rahmen der politischen Kommunikation dar, dessen erste Welle 2002 durchgeführt wurde (Emmer 2005). Hierbei wurde die Bevölkerung in fünf Typen individueller politischer Kommunikationsmuster aufgeteilt. Die Befragung enthält teilweise ähnliche Fragen wie die hier diskutierte, konzentriert sich aber nicht auf die sozio-demographische Dimension.
- Eine Erhebung zur politischen Beteiligung führte die Forschungsgruppe Wahlen Telefonfeld 2003 im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung durch (FGWT 2004). Ein wichtiges Resultat dieser Studie war, dass es eine Änderung der Partizipationsmuster weg von traditionellen (wie Mitgliedschaft in Parteien oder Gewerkschaften) hin zu informellen gibt. Die Studie gibt auch Auskunft über politikwissenschaftliche Aspekte wie Vertrauen in Institutionen, in die Demokratie oder ins politische System. Hinsichtlich sozio-demographischer Attribute legt die Befragung ein Schwerpunkt auf Ost-West-Differenzen nach dem Fall der Mauer 1989.⁶
- Einbezogen wurden auch die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik, die seit der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 zum zweiten Mal bei der Bundestagswahl 2005 erhoben wurde sowie Longitudinalstudien des Statistischen Bundesamtes, beispielsweise zur Wahlbeteiligung (Statistisches Bundesamt 2008).
- Anfang 2008 führte die polis/sinus Gesellschaft für Sozial- und Marktforschung mbH im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung eine repräsentative Befragung durch; zentrales Ergebnis war, dass Armut und soziale Disparität zur Abkehr von der Demokratie führen, während andere Faktoren wie Geschlecht, Alter oder Erziehung kaum eine Rolle spielen (FES 2008).⁷

⁶ Aus diesem Grund wurde die Forschungsgruppe Wahlen Telefonfeld GmbH ausgewählt, die hier diskutierte repräsentative Befragung unter der Wahlbevölkerung ab 18 durchzuführen, so dass auch einige der damals erhobenen Fragestellungen hier wieder aufgegriffen werden konnten und der Vergleich der Resultate die Reliabilität zu steigern erlaubte.

⁷ Nach einem repräsentativen Auswahlverfahren wurden 2.503 Deutsche ab 16 Jahren in Ost- und Westdeutschland persönlich interviewt. Ein umfangreicher Bericht hierüber ist nicht zugänglich, so dass Reliabilität und Validität nicht nachgeprüft werden konnten.

3 Empirische Befunde zur politischen Partizipation

3.1 Interesse an Politik

Ein in der Politikwissenschaft akzeptierter Indikator dafür, inwieweit Bürgerinnen und Bürger das politische Geschehen registrieren, an ihm teilnehmen und es für wichtig genug erachten, um sich darüber zu informieren oder sich auch zu engagieren, ist die Frage nach dem Interesse an Politik. Ende 2007 antworteten die Deutschen auf die Frage, wie stark sie sich für Politik interessierten, zu 35 % mit „stark“ oder „sehr stark“. Nimmt man diese beiden Gruppen zusammen mit der, die antwortete, sie sei „etwas“ an Politik interessiert, so kann man resümieren, dass drei von vier wahlberechtigten Deutschen über 18 Jahren an Politik interessiert sind (23 % antworteten, sie hätten „kaum“ oder „gar nicht“ Interesse an Politik).⁸

Da diese Frage bereits seit 1969 in repräsentativen Bevölkerungsumfragen zumindest in Westdeutschland erfasst wird, kann man sagen, dass dieser Wert im historischen Vergleich sehr hoch liegt. So lag er 1969 bei 18 % und erreicht zur Wende einen Wert von 36 % (in Ostdeutschland) bzw. 37 % (in Westdeutschland).

3.2 Beteiligung an bestimmten Partizipationsformen

Abbildung 2 quantifiziert die Erfahrungen, die die Befragten bislang mit der Nutzung unterschiedlicher Formen politischer Partizipation gemacht haben: Eine Unterschriftenliste unterzeichnet haben schon zwei von drei Deutschen, auch Bürgerversammlungen und genehmigte Demonstrationen sind von etwa einem Drittel praktizierte Beteiligungsformen. Während 9,4 % bereits in einer politischen Partei als traditionelle formelle Beteiligungsform mitgearbeitet haben, haben dies bei Bürgerinitiativen schon etwas mehr getan (10,7 %).

Die Abbildung 3 zeigt, wie stark inzwischen in Deutschland Internetangebote zur politischen Beteiligung genutzt werden: Überraschend war für das Forscherteam, dass etwa jedeR fünfte bereits Webseiten von Bundesbehörden genutzt hat. Als „sozial erwünschte Antwort“ dürfte dies bei den Befragten nicht angekommen sein, da weder der Auftraggeber in der Befragung benannt worden war noch die Formulierung der Frage(n) dies nahelegte. Weitere häufig genutzte Formen sind Webseiten oder Blogs von PolitikerInnen oder die Möglichkeit, sich Informationsmaterial über das Internet zu beschaffen. Andererseits werden Formen wie Online-Petitionen des Bundestages oder Spenden an Parteien oder Interessenverbände über Internet noch kaum genutzt. Nach den Erfolgen im vergangenen Präsidentschaftswahlkampf in den USA wäre es interessant, dies im internationalen Maßstab zu vergleichen.

⁸ Dieses knappe Viertel der kaum oder gar nicht an Politik Interessierten ist besonders stark vertreten bei denen, die sich noch nie politisch beteiligt haben (39,3 %), in den Altersgruppen der bis 24-Jährigen (32,7 %) und der 40- bis 49-Jährigen (29,3 %), in Ostdeutschland (31,5 %), bei Nicht-Internet-Nutzenden (31,2 %), bei BürgerInnen mit Hauptschulabschluss als dem höchsten formalen Bildungsabschluss (30 %), bei Frauen, die 60 Jahre alt und älter sind (28,2 %) sowie unter „Rentnern“ (27,2 %) und Facharbeitern (29,2 %). Die Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung kam insgesamt zu einem um wenige Prozentpunkte abweichenden Gesamtergebnis; danach waren nur 4 % sehr stark an Politik interessiert, 26 % bekundeten „starkes“ Interesse an politischen Themen und 45 % zeigten sich „etwas“ interessiert (vgl. FES 2008, 12).

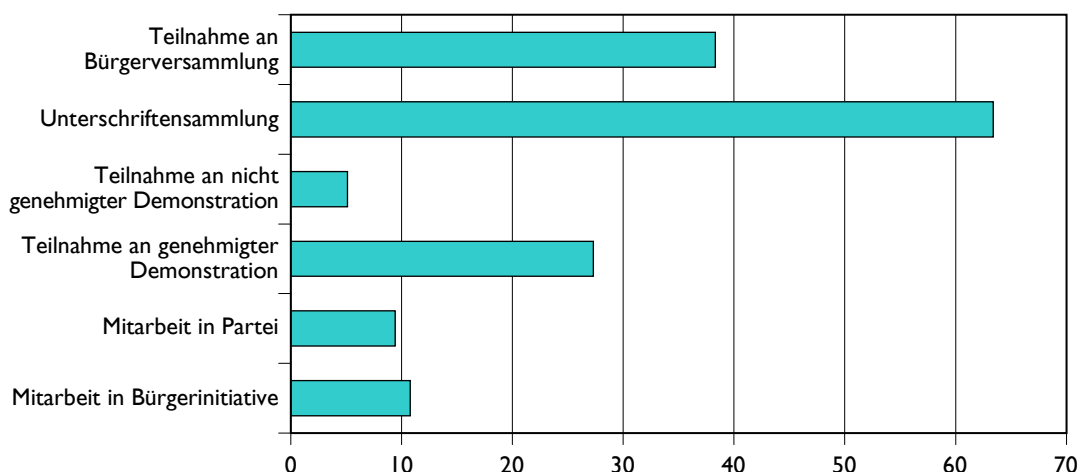


Abbildung 2: Nutzung ausgewählter Formen politischer Partizipation
(in Prozent der Wahlbevölkerung über 18 Jahren, N=1.031, Mehrfachantworten)
Fragewortlaut: „Neben der Teilnahme an Wahlen gibt es für den Einzelnen verschiedene andere Möglichkeiten, politisch Einfluss zu nehmen. Ich möchte gerne von Ihnen wissen, welche Möglichkeiten Sie davon schon einmal genutzt haben. Haben Sie schon einmal ... [in einer Bürgerinitiative mitgearbeitet]?“

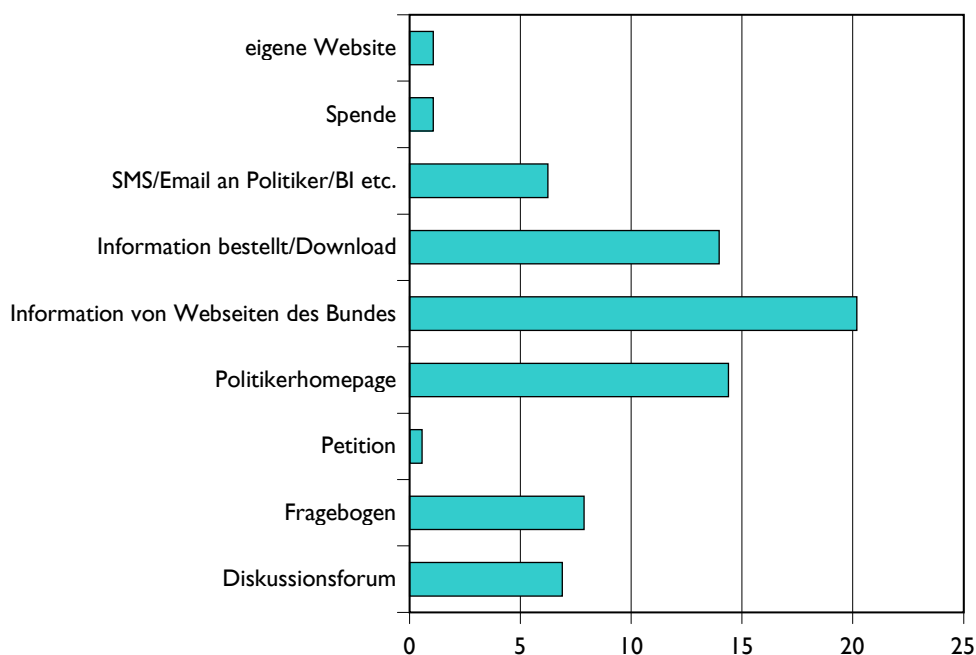


Abbildung 3: Nutzung ausgewählter Formen der e-Partizipation
(in Prozent der Wahlbevölkerung über 18 Jahren, N=1.031, Mehrfachantworten)⁹

⁹ Zur Nutzung elektronischer Partizipationsformen wurde nicht die gesamte Stichprobe befragt, sondern nur diejenigen, die auf die Frage nach Nutzung des Internets für politische Informationen geantwortet haben, dass sie dies mindestens einmal im Monat tun (29,7 % aller Befragten). Es erscheint plausibel, dass diejenigen, die dies seltener tun, auch keinen Gebrauch von E-Partizipationsformen machen.

Da die in der Abbildung 3 dargestellten Formen der E-Partizipation je verschiedene Ausmaße von Interaktivität widerspiegeln, wurden sie in zwei Gruppen unterteilt: Einerseits eher rezeptiv-konsumtives Informationsverhalten („Politisches Informationsmaterial bestellt/Download“, „Information von Webseiten des Bundes“, „Politikerhomepage angesehen“) und andererseits eher produktiv-partizipatives Verhalten („Eigene Website mit politischen Inhalten“, „Spende“, „SMS/Email an Politiker/Bürgerinitiative etc.“, „Petition“, „Fragebogen“, „Diskussionsforum“). Während jeder vierte Deutsche (24,9 %) bereits eine dieser neuen Formen genutzt und etwa die gleiche Anzahl sich eines oder mehrere der rezeptiv-konsumtiven Formate (24,2 %) bedient hat, haben bislang nur 14,2 % eine oder mehr der produktiven Anwendungen genutzt (und 6,4 % mindestens zwei hiervon).

Einen wesentlichen Begründungszusammenhang für E-Partizipation liefert die Hypothese, dass über neue Technologien weitere Adressaten erreicht würden, die sich mittels traditioneller Partizipationsformen bisher nicht beteiligt hatten (z. B. Macintosh et al. 2002). Um dies anhand der erhobenen Daten herauszufinden, wurde bei der Gruppe derjenigen, die bislang keine herkömmlichen Partizipationsaktivitäten unternommen hat (entsprechend Abbildung 2), kontrolliert, wie viele hiervon eine der aufgelisteten E-Partizipationsformen genutzt haben (entsprechend Abbildung 3): Tabelle 1 zeigt, dass 7,9 % derer, die bislang nie eine der vorgegebenen Offline-Beteiligungsformen nutzten, mindestens eines der Online-Tools schon genutzt haben; bezogen auf die Grundgesamtheit aller BürgerInnen sind es 2 %. Die Zusammenstellung belegt auch, dass sich BürgerInnen desto mehr online beteiligen, je mehr sie dies ohne Internet ohnehin schon tun.

Tabelle 1: Zusammenhänge zwischen der Nutzung herkömmlicher Partizipationsformen und elektronischen Partizipationsangeboten

Nutzung von E-Partizipation		Nutzung von Formen politischer Partizipation (offline)		
		Keine	Eine oder zwei Formen genutzt	Mehr als zwei Formen genutzt
N	1.031	251	568	212
Mindestens ein e-Format genutzt	24,9 %	7,9 %	24,5 %	45,7 %
kein e-Format genutzt	75,1 %	92,1 %	75,5 %	54,3 %

Die parallel zur Repräsentativbefragung durchgeführte Online-Befragung unter NutzerInnen von E-Partizipation (N=320) bestätigt die letzte Aussage: 99,1 % von diesen haben schon mindestens eine der in Abbildung 2 gelisteten Offline-Partizipationsformen genutzt, wobei die Rangfolge ähnlich der in Abbildung 2 ist: Unterschriftensammlung (97,5 %), Teilnahme an Demonstration (77,5 %), Teilnahme an Einwohnerversammlung (74,6 %), Mitarbeit in Bürgerinitiative (48,7 %), Mitarbeit in politischer Partei (44,9 %), Teilnahme an nicht-genehmigter Demonstration (25,8 %); drei Viertel der Befragten haben mindestens schon drei dieser Formen genutzt.

3.3 Partizipationsmotive

In der repräsentativen Befragung wollten wir zudem wissen, auf welcher Regierungsebene bevorzugt E-Partizipationstools genutzt werden; in der Rangfolge wurden hierbei Bund, Kommune, Region/Land und zuletzt die EU genannt (wobei nur eine Nennung möglich war). In der Online-Befragung wurde darüber hinaus nach den Motiven der Nutzung gefragt. Das in Abbildung 4 dargestellte Ergebnis zu den beiden am häufigsten genannten Ebenen Bund und Kommune überrascht insofern, als die Motive je nach Regierungsebene sehr unterschiedlich sind: Während für die kommunale Ebene die eigene Betroffenheit (68 %) und am meisten bewirken zu können (65 %) die Hauptmotive sind, ist dies auf Bundesebene vor allem das Interesse (68 %), gefolgt von der Relevanz (45 %). Aufschlussreich ist, dass für die Bundesebene (im Gegensatz zur kommunalen Ebene) am unwichtigsten zu sein scheint, „am meisten bewirken“ zu können (6 %, Mehrfachnennungen waren möglich). Hieraus könnte der Schluss gezogen werden, dass viele BürgerInnen Angebote des Bundes zur E-Partizipation nutzen, obgleich sie nicht unbedingt der Überzeugung sind, hiermit etwas bewirken zu können. Dies schwächt die „Lehrmeinung“ und die auch vom Autoren dieses Beitrags immer wieder vorgetragene Aufforderung nach Responsivität und politischer Anschlussfähigkeit zumindest etwas ab. Eine Erklärung hierfür könnte sein, dass diejenigen, die bei solchen Angeboten mitmachen, eine recht klare Vorstellung davon haben, über welchen Partizipations-„kanal“ sie etwas im politischen System bewirken können. Eine weitere Interpretation ist, dass unter „politischer Beteiligung“ nicht automatisch auch verstanden werden sollte, dass dies immer mit „dem Ziel (unternommen wird), Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen“, wie eingangs definiert. Vielmehr scheint es der Ausdruck eines prinzipiellen Interesses an politischem Geschehen zu sein und dass andere bislang vernachlässigte Faktoren hier eine ebenso bedeutende Rolle spielen, u. a. auch emotionale (Spaß am Austausch, Unmut und Ärger Ausdruck zu verleihen, u.ä.), politisches Lernen von den Meinungen anderer, Kennenlernen bestimmter Argumentationsweisen, Standpunkte, etc.

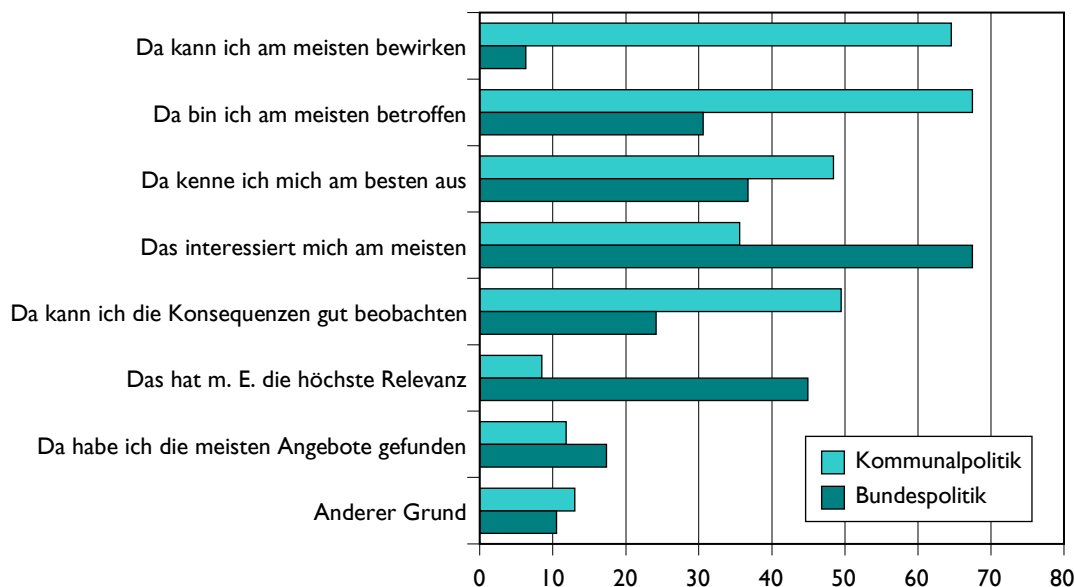


Abbildung 4: Motive, sich an E-Partizipationsangeboten auf kommunaler oder Bundesebene zu beteiligen (Online-Befragung unter NutzerInnen von E-Partizipationsangeboten; in Prozent, N=320)

4 Soziodemografische Aspekte der politischen Partizipation

4.1 Bildung

Es gibt eine signifikante Korrelation zwischen dem *Bildungsgrad* (im Sinne des höchsten Schulabschlusses) auf der einen Seite und dem Ausmaß des politischen Interesses, der politischen Partizipation (offline wie online) und der Internetnutzung allgemein und für politische Informationen im Besonderen (vgl. Tabelle 2). Eine Abweichung gibt es lediglich bei der Offline-Beteiligung, wo die HauptschulabsolventInnen geringfügig aktiver sind als die RealschulabsolventInnen.

Tabelle 2: Schulbildung (höchster Bildungsabschluss) und politische Partizipation (in Prozent; N=1.031)

	Gesamt	Hauptschule	Realschule	Hochschulreife	Hochschulabschluss	Differenz HochAS – HauptS
Interesse an Politik (sehr) stark	35	24,3	32,2	52,3	66	41,7
Partizipationsindex*	20,6	15,9	15,3	25,5	46,5	30,6
Nutzung des Internet für politische Information**	16,9	7,5	16	29,6	43	26,1
Index E-Partizipation***	24,9	8,9	26,8	52,1	55,6	46,7
Internet-Nutzung****	62,1	41,2	73,7	89,6	90	27,9

* mehr als zwei der in Abbildung 2 angegebenen Partizipationsformen wurden bereits genutzt

** häufiger als einmal die Woche

*** mindestens eine der in Abbildung 3 angegebenen E-Partizipationsformen wurde bereits genutzt

**** mindestens eine Stunde pro Woche

4.2 Alter

Je älter die befragten Personen sind, desto ausgeprägter ist ihr Interesse an Politik und desto häufiger äußern sie, dass sie sich schon einmal (offline) politisch beteiligt haben. Erst bei den 60-Jährigen und Älteren nehmen Interesse und Engagement ab. Die 18- bis 24-Jährigen sind die Altersgruppe, die sich am wenigsten für Politik interessiert, fast jedeR Dritte antwortet hier mit „kaum“ oder „gar nicht“ (vgl. Abbildung 5).¹⁰ Dass die Älteren häufiger sagen, dass sie schon die ein oder andere Form politischer Partizipation genutzt haben, ist schon aus statistischen Gründen nicht verwunderlich – wer länger lebt, hat auch mehr Gelegenheiten gehabt, sich zu beteiligen.

Da den in Abbildung 5 dargestellten Werten keine Longitudinalstudie zugrundeliegt, können sie nur für den Zeitpunkt der Befragung Gültigkeit reklamieren: Eine Verallgemeinerung derart, dass

¹⁰ Laut FES-Studie äußerten 41 % der unter 24-Jährigen, dass sie sich „kaum“ oder „gar nicht“ für Politik interessieren, im Gegensatz zu 32,7 % in unserer Untersuchung (FES 2008, S. 12); die Befragungszeiträume lagen drei Monate auseinander.

sich junge Leute generell weniger für Politik interessieren als ältere, wäre demnach unzulässig. Allerdings ergeben Longitudinalstudien des statistischen Bundesamtes, dass es seit 1991 einen deutlichen Unterschied der jüngeren Altersgruppe zu den älteren gibt. „Das Interesse an der Politik bei den 18- bis 29-Jährigen liegt deutlich unter dem Bevölkerungsdurchschnitt und hat vergleichsweise stärker abgenommen“ (Weßels 2008, S. 391).

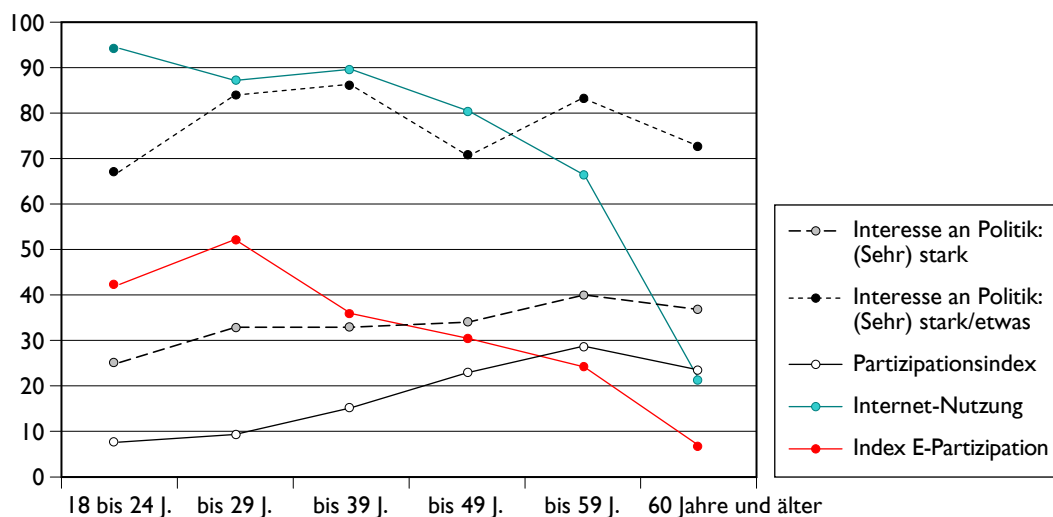


Abbildung 5: Zusammenhang von Alter und politischer Partizipation sowie zur Internetnutzung (in Prozent, N=1.031; zu den Kategorien vgl. die Legende zur Tabelle 2)

Ein sehr ähnliches Bild ergibt sich bei der Wahlbeteiligung: Bei den letzten Bundestagswahlen 2005 wuchs sie mit zunehmendem Alter und war erst bei der Gruppe der Über-70-Jährigen geringer. Eine Ausnahme bildete nur die Altersgruppe der 21 bis 24-Jährigen, die weniger zur Urne gingen als die ErstwählerInnen (vgl. Krack-Rohberg/Weichs 2008, S. 385).

Tabelle 3: Nutzung von E-Partizipation (rezeptiv-konsumtive bzw. produktive Formen) nach Alter (in Prozent; N=1.031)

	Gesamt	18-24	25-29	30-39	40-49	50-59	60+
Index E-Partizipation produktiv (a)*	14,2	31,6	34,5	20,5	13,0	12,4	4,2
Index E-Partizipation produktiv (b)**	6,4	20,0	15,5	7,2	5,5	3,4	2,7
Index E-Partizipation konsumtiv-rezeptiv (c)***	24,1	41,0	46,6	34,9	30,5	23,7	6,6
Index E-Partizipation gesamt****	24,9	42,3	52,0	36,0	30,5	24,2	6,6
Partizipationsindex	20,6	7,7	9,3	15,1	22,9	28,8	23,2

* Produktive E-Partizipationsanwendungen – mindestens eines der folgenden Tools schon genutzt: Eigene politische Webseite, Spende an Partei/politische Organisation via Internet, SMS oder Email an PolitikerIn oder Interessengruppe, E-Petition an den Deutschen Bundestag, Fragebogen beantwortet, an Online Diskussionsforum teilgenommen.

** Mindestens zwei der unter (*) genannten produktiven Tools schon genutzt

*** Mindestens eine der folgenden rezeptiv-konsumtiven Anwendungen schon genutzt: politische Informationen angefordert oder heruntergeladen, Websites von Bundesbehörden oder von PolitikerInnen besucht

**** Mindestens ein „produktives“ oder „rezeptiv-konsumtives“ E-Partizipationstool bereits genutzt

Der aus der Diskussion um die „Digitale Spaltung“ bekannte Sachverhalt einer starken negativen Korrelation zwischen Alter und Internetnutzung wird vom Grundsatz her auch hier bestätigt, allerdings mit einer leichten Altersverschiebung: Die Altersgruppe der 25- bis 29-Jährigen ist diejenige, die am meisten die E-Partizipationstools nutzt, mehr noch als die der 18- bis 24-Jährigen (vgl. Tabelle 3).¹¹ Bei den Jüngeren (bis 29-Jährigen) ist auch der Anteil derer wesentlich höher als bei Älteren, die die aktiven E-Partizipationstools nutzen. Die recht gleichmäßig aufsteigende Linie der mit zunehmendem Alter auch zunehmenden politischen Partizipationserfahrung schneidet sich offenbar mit jener der mit zunehmendem Alter stark abnehmenden Internetnutzung in der Altersgruppe der 25- bis 29-Jährigen; oder anders ausgedrückt: Angebote der Internetnutzung führen dazu, dass junge wahlberechtigte Deutsche eher über dieses neue Medium partizipieren. Gerade die Jungwählerinnen und -wähler nutzen dabei besonders die (inter-)aktiven produktiven Tools. Bevorzugt werden dabei von ihnen Fragebögen (24,0 %), Diskussionsforen (22 %) und Emails, Chats bzw. SMS für Anfragen oder Kommentare an Politiker und politische Institutionen (17 %), wohingegen Spenden an politische Organisationen, Online-Petitionen und eigene Weblogs mit politischen Inhalten auch in dieser Altersgruppe (noch) kaum eine Rolle spielen.¹²

Bemerkenswert ist gleichzeitig, dass die 30- bis 39-Jährigen, die sowohl das Internet mehr nutzen und die auch mehr traditionelle Beteiligungsformen genutzt haben als die Altersgruppe darunter, sich auffallend wenig der E-Partizipationstools bedienen (ebd.). Wenn sie das Internet für politische Beteiligung nutzen, dann ist es viel stärker die passiv-rezeptive, also die Sich-selbst-informieren-wollende Seite als die interaktive. Während auf die Frage „Und wie häufig nutzen Sie das Internet, um Informationen und Nachrichten über Politik zu bekommen, täglich, mehrmals die Woche, etwa einmal die Woche, etwa einmal im Monat oder seltener?“ auch bei dieser Altersgruppe ähnlich wie bei den beiden jüngeren jedeR Vierte angibt, dies mehrmals in der Woche zu tun, ist ein besonders starkes „Abfallen“ der Werte von der Gruppe der „Twens“ zu den Älteren bezüglich der aktiv-partizipativen (produktiven) Nutzung von Internet-Tools festzustellen. Möglicherweise sollte man mit Interpretationen derzeit noch vorsichtig sein, weil die Jüngeren gegenüber dieser Technologie vermutlich wesentlich innovationsfreudiger sind.

¹¹ Einschränkung sei hinzugefügt, dass der bei den 25- bis 29-Jährigen ohnehin mit 87,3 % schon hohe Internetnutzeranteil von der Altersgruppe der 30- bis 39-Jährigen mit 89,7 % noch leicht übertroffen wird.

¹² Die Werte sind mit 1,0 % (Spenden an politische Organisationen), 1,8 % (Online-Petitionen) und 4,1 % (eigene Weblogs mit politischen Inhalten) hinsichtlich ihrer absoluten Werte unterhalb der Reliabilitätsgrenze und dürfen aus methodischer Sicht nicht überinterpretiert werden.

4.3 Geschlecht

Während sich die Wahlbeteiligung bei Männern und Frauen mittlerweile angeglichen hat¹³, klappt das politische Interesse beider Geschlechter doch sehr auseinander. Während 27,7 % der Frauen angeben, sie interessieren sich „sehr stark“ oder „stark“ für Politik, sind dies bei den Männern 43 %. Wenn man allerdings die Antwortgruppe „etwas“ hinzuzieht, ist das Verhältnis fast ausgeglichen (vgl. Abbildung 6).

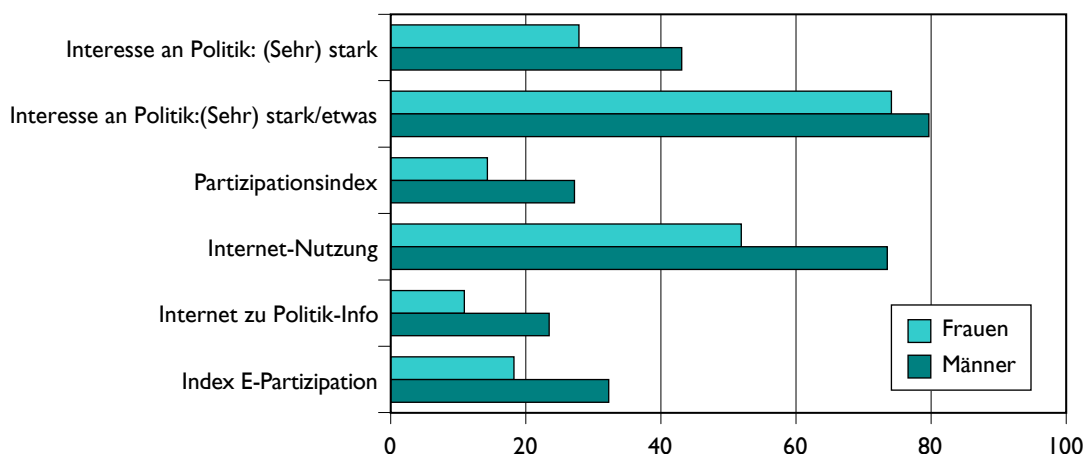


Abbildung 6: Unterschiede von Männern und Frauen hinsichtlich verschiedener Indikatoren politischer Partizipation (in Prozent; N=1.031)

Daneben können wir auch starke Unterschiede hinsichtlich der politischen Beteiligung beobachten, unabhängig davon, ob es die traditionellen Formen zusammen genommen sind oder die der E-Partizipation. Abbildung 6 zeigt die Unterschiede anhand der wesentlichen in dieser Untersuchung verwendeten Indikatoren politischer Partizipation.

Da Mädchen und Frauen zumindest in früheren Zeiten wesentlich schlechtere Bildungschancen hatten als Jungen und Männer und dies dementsprechend auch Einfluss auf die oben interpretierten Zusammenhänge hätte, sowie um auszuschließen, dass Bildung die am meisten beeinflussende Variable ist, haben wir uns die Zusammenhänge von Geschlecht, Bildung und politischer Partizipation näher angesehen. Tabelle 4 verdeutlicht, dass entgegen anderer Untersuchungen z. B. von Bimber (2000) aus den USA unabhängig von dem Grad der Ausbildung das Interesse von Frauen an Politik immer geringer ist als das von Männern.

Überraschend sind die Alterskurven von Männern und Frauen zu dieser Frage. Wir können zunächst einen Schereneffekt beobachten von den beiden „jungen“ Clustern der bis 29-Jährigen zu den 30 bis 39-Jährigen: ist das Interesse bei den Jüngeren noch ähnlich (niedrig) bei 27 % (Frauen) bzw. 30 % (Männer), so klappt es bei den 30- bis 39-Jährigen schon sehr weit auseinander (24 % bei Frauen: 50 % bei Männern). Erst bei den 50-Jährigen und älteren nähern sich beide Kurven wieder an (vgl. Abbildung 7). Eine naheliegende Erklärung könnte sein, dass sich Frauen in diesem Alter (Ende 20 bis Ende 40) immer noch wesentlich stärker um Familie und Kinder kümmern und dieses bei ihnen eine wesentlich höhere Priorität einnimmt als bei Männern.

¹³ In den 50er Jahren lag sie bei den Frauen über 3 % niedriger als bei den Männern. In Ost-Deutschland ist die Wahlbeteiligung von Frauen mittlerweile sogar höher als die von Männern (vgl. Krack-Rohberg/Weichs 2008, S. 385).

Tabelle 4: Politisches Interesse nach Geschlecht und (Schul-)Bildung
(in Prozent, gerundet; N=1.031)

	„Wie stark interessieren Sie sich für Politik?“				
	sehr stark	stark	etwas	Kaum	gar nicht
Hauptschule Männer	11	18	42	15	14
Hauptschule Frauen	5	14	48	12	20
Realschule Männer	5	39	36	13	8
Realschule Frauen	5	14	48	12	20
Abitur Männer	19	49	26	4	2
Abitur Frauen	7	45	34	9	5

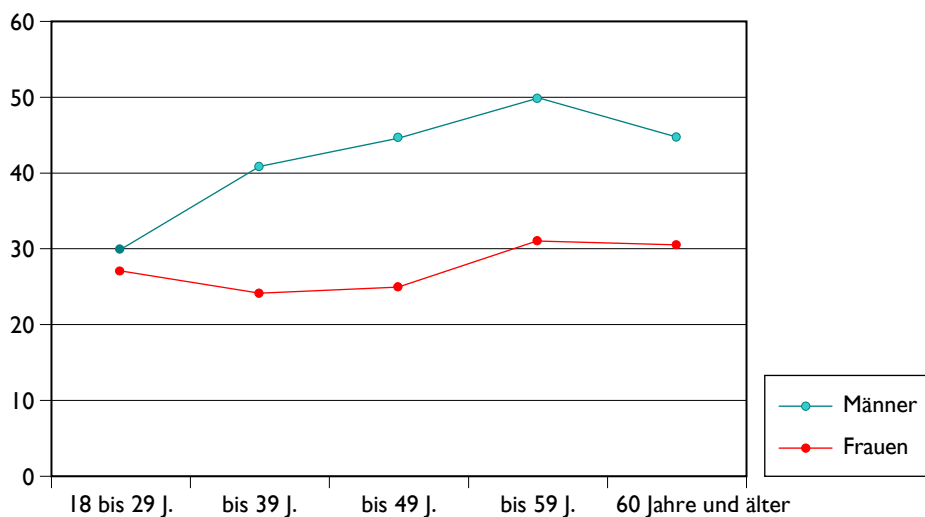


Abbildung 7: Geschlecht, Alter und „sehr starkes“ bzw. „starkes“ Interesse an Politik
(in Prozent; N=1.031)

Neben dieser Differenz im Altersverlauf können auch starke Unterschiede hinsichtlich der bevorzugten Form der politischen Beteiligung festgestellt werden: Große Geschlechterunterschiede zugunsten höherer Raten bei Männern gibt es hinsichtlich der Mitarbeit in politischen Parteien, bei der Teilnahme an nicht-genehmigten Demonstrationen und an Einwohnerversammlungen. Geringer ist die Differenz bei der Teilnahme an genehmigten Demonstrationen und der Mitarbeit in Bürgerinitiativen; kaum Unterschiede gibt es bei der Unterstützung von Unterschriftensammlungen. Wie Tabelle 5 illustriert, sind die Geschlechterunterschiede bei der Nutzung von E-Partizipationstools wesentlich größer als bei der Teilnahme an anderen Beteiligungsformen. Starke Unterschiede mit mehr als doppelt so hohen Raten bei Männern können wir auch hinsichtlich des Schreibens von Emails an politische Institutionen (Politiker, Verwaltungen, Parteien etc.) feststellen, bei der Beantwortung von Online-Fragebögen, der Teilnahme an Diskussionsforen und beim Besuch von Webseiten des Bundes; weiters immer noch klare Unterschiede beim Besuch von Webseiten von Politikern oder beim Herunterladen von politischem Informationsmaterial (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 5: Nutzungsunterschiede von Partizipationsformen nach Geschlecht
(in Prozent; N=1.031)¹⁴

	E-Partizipation	Formen anderer politischer Partizipation
Starke Differenz Männer : Frauen (Faktor >2)	<ul style="list-style-type: none"> • Emails an PolitikerInnen (9,7 % : 3,1 %), • Beantwortung von Online-Fragebögen (11 % : 5,1 %), • Diskussionsforum (9,3 % : 4,6 %), • Besuch von Webseiten des Bundes (27,3 % : 13,6 %) 	<ul style="list-style-type: none"> • Mitarbeit in politischen Parteien (14,1 % : 5,1 %)
Klare Differenz (2,0> Faktor >1,3)	<ul style="list-style-type: none"> • Besuch von Websites oder Blogs von PolitikerInnen (19,1 % : 10,5 %), • Download von Informationsmaterial (17,3 % : 10,9 %) 	<ul style="list-style-type: none"> • Teilnahme an nicht-genehmigten Demonstrationen (6,4 % : 3,5 %), • Besuch von Bürgerversammlungen (46,6 % : 30,5 %);
Geringe Differenz (Faktor < 1,3)		<ul style="list-style-type: none"> • Teilnahme an (genehmigten) Demonstrationen (30,7 % : 24 %), • Mitarbeit in Bürgerinitiativen (12 % : 9,6 %), • Zeichnung von Unterschriftenlisten (65,4 % : 61,4 %)

In welcher Form sich Männer und Frauen politisch engagieren und interessieren, hat offenbar auch etwas mit dem „Stil“ zu tun, in dem Politik betrieben wird – die Mitgliedschaft in politischen Parteien als typische traditionelle Form scheint sich nicht zu decken mit dem Verständnis von Frauen, sich in Politik einzumischen, wohingegen Aktivitäten wie Unterschriftenlisten zu unterzeichnen oder in Bürgerinitiativen mitzuarbeiten weit attraktiver für sie sind. Es fällt auch auf, dass die neuen E-Partizipationstools bislang für Frauen weniger attraktiv sind als für Männer.

4.4 Beruflicher Status

Die repräsentative Befragung stützt das als „Standardmodell der politischen Partizipation“ bekannte Erklärungsmodell¹⁵ hinsichtlich des Indikators „beruflicher Status“: Leitende Angestellte, Beamte und Selbständige zeigen ein überdurchschnittliches Maß an politischem Interesse und an Erfahrungen mit politischer Partizipation ebenso wie mit E-Partizipation (vgl. Tabelle 6).

¹⁴ Die Werte bezüglich der Nutzung von E-Partizipation, Online-Spenden und eigenen Websites mit politischen Inhalten sind zu klein, als dass sie reliabel wären, und wurden deshalb hier ausgeklammert.

¹⁵ Das „Standardmodell der politischen Beteiligung“ ist in mehreren vergleichenden Studien erhärtet worden (vgl. insbesondere Verba/Nie 1972; Dalton 1988; Kaase 1992); es führt die Intensität der Beteiligung auf Unterschiede in der sozioökonomischen Ressourcenausstattung von Bürgern zurück (Höhe des Einkommens und der formalen Qualifikation, Berufsprestige) und die damit eng korrelierende Stärke positiver Einstellungen zum politischen System sowie dessen Offenheit für Beteiligung (z. B. in Form des Rechts auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit). Hiervon hängen subjektive Einflussfaktoren wie Werte, der Grad der politischen Unterstützung und die Überzeugung ab, durch die eigene Stimme oder Aktivität politische Änderungen bewirken zu können („sense of political efficacy“). Alle drei Faktoren zusammen erzeugen der Tendenz nach ein höheres Maß an politischer Partizipation. In ausdifferenzierter Form werden unter „Ressourcenausstattung“ auch noch Alter, Geschlecht und Parteiidentifikation als Einflussgrößen subsumiert – bei 30- bis 60-Jährigen ist die Partizipationsbereitschaft am höchsten.

Tabelle 6: Beruflicher Status und Partizipationsindikatoren (in Prozent, N=1.031)

Berufsgruppe/ Partizipationsindikatoren	Un-/ angelernte Arbeiter	Fach- arbeiter	Angestellte/ Beamte (gehoben)	Leitende Angestellte/ Beamte	Selbständige	Gesamt
Interesse an Politik (sehr) stark	14,5	24,7	37,8	50,8	54,9	35,0
Erfahrung mit politischer Partizipation	7,9	14,9	21,9	37,9	32,9	20,6
E-Partizipation mindestens 1-mal genutzt	20,1	14,1	25,9	31,0	36,6	24,9

4.5 Ost-West Unterschiede

Bei Erfahrungen mit politischer Partizipation sind West- und Ostdeutsche „gleichauf“ (20,6 % West: 21,0 % Ost)¹⁶, dies bestätigen auch Longitudinalstudien (vgl. Weßels 2008, 392), wohingegen das geäußerte Interesse an Politik (37,0 % : 26,8 %) sehr auseinanderklafft, und dies offenbar mit im Zeitverlauf zunehmender Tendenz, wie Ergebnisse von Longitudinalstudien zeigen (ebd.).¹⁷ Auch die Teilnahme an (Bundestags-)Wahlen ist im Osten Deutschlands um etwa 7 Prozentpunkte geringer als im Westen (vgl. Abbildung 1), ebenso weist die bisherige Nutzung von E-Partizipationsangeboten im Osten wesentlich niedrigere Werte auf als die im Westen (27,4 % : 14,1 %), was aber nicht nur mit der geringeren Internetnutzung im Osten Deutschlands zu erklären ist, denn der Unterschied ist mit 63,8 % im Westen und 55,4 % im Osten Deutschlands wesentlich geringer als der Unterschied in der e-Partizipation mit 27,4 % im Westen und 14,3 % im Osten Deutschlands (absolut wie relativ).

Große Abweichungen zeigt der Datenreport 2008 des Statistischen Bundesamtes hinsichtlich der Einstellungen zur Demokratie als Staatsform und der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie zwischen Ost- und Westdeutschen auf: Hinsichtlich der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie weist Ostdeutschland seit 1991 konstant um etwa 25 Prozentpunkte geringere Werte auf als Westdeutschland. Hier schwankten sie in dem Zeitraum von 1991 bis 2006 zwischen 50 % (1997) und 73 % (2002), in den Neuen Ländern zwischen 30 % und 50 %. Dabei wird aber deutlich, dass es hier unterschiedliche Vorstellungen dessen gibt, was Demokratie zu sein hat – während Kriterien wie „Meinungsfreiheit“, „Mehrparteiensystem“, „politische Beteiligungsrechte für BürgerInnen“, „Gleichheit vor dem Gesetz“ in Ost- wie in Westdeutschland etwa gleiche Werte erhalten, assoziieren die Ostdeutschen auch Kriterien wie „Gleiche Rechte für Frauen“, „größere soziale Gleichheit“, „weniger Arbeitslosigkeit“ und „Verbesserung der Wirtschaftslage“ mit dem Demokratiebegriff (vgl. Fuchs/Roller 2008).

¹⁶ Auch die Mitgliedschaft und aktive Teilnahme in Organisationen wie Gewerkschaften oder Parteien haben sich in West und Ost mittlerweile angeglichen.

¹⁷ Interessanterweise findet sich aber die Tendenz abnehmenden Interesses für Politik bei jungen Ostdeutschen nicht in dem Ausmaß wie bei Westdeutschen: In den Longitudinalstudien ist das Interesse junger Ostdeutscher (18-29 Jahre) an Politik seit 2003 anhaltend höher als das der westdeutschen jungen Wahlberechtigten (Weßels 2008, 391f.).

5 Schlussfolgerungen

5.1 Vielfalt an Partizipationsformen als demokratische Chance

Die Möglichkeiten der politischen Partizipation als Ausdruck politischer Integration haben sich seit den 70er Jahren vervielfacht, durch E-Partizipation sind in den letzten zehn Jahren weitere Formen hinzugekommen. Während abgesehen von Wahlen traditionelle Partizipationsformen wie Mitarbeit in Parteien oder in Gewerkschaften immer weniger genutzt werden (und auch bei Wahlen ist der Trend rückläufig, wenn auch in Deutschland auf sehr hohem Niveau), erfreuen sich andere Formen inzwischen großer Beliebtheit. Nicht-Internetgebundene formelle und informelle Beteiligungsformen sind allerdings bislang wesentlich häufiger genutzt worden als „produktive“ E-Partizipationstools (die Interaktionen erlauben) – kaum jedeR zwölfte Deutsche hat zumindest eine dieser Formen schon genutzt. In Abbildung 8 sind die Ergebnisse der repräsentativen Befragung in Spannbreiten für ausgewählte Partizipationsformen dargestellt, wobei der höhere Wert („j“) die Prozentanzahl derjenigen umfasst, die überhaupt schon einmal diese Partizipationsform genutzt haben und der niedrigere Wert („a“) nur diejenigen wiedergibt, die die jeweilige Form „häufig“ oder „ab und zu“ genutzt haben.

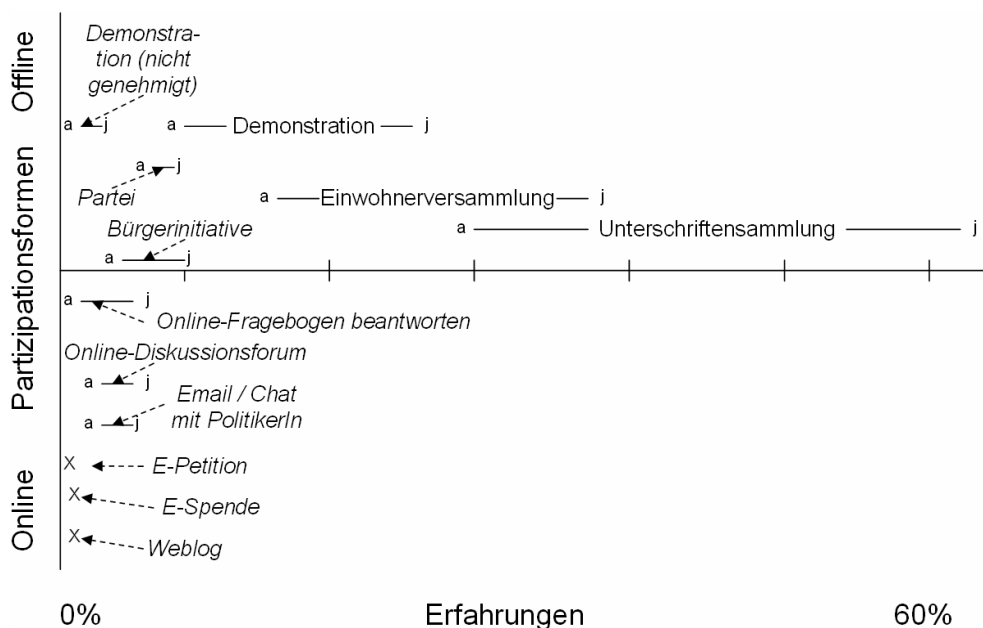


Abbildung 8: Erfahrung mit Formen politischer Partizipation
(Spanne der Antworten in Prozent von (a) „ab und zu“ bzw. „häufig“ und (j) „ja“ bzw. „selten“); (x) Spanne zu gering (in Prozent, N=1.031)

Die neuen Formen der Internetbeteiligung zeichnen sich u. a. durch den vergleichsweise geringen zeitlichen Aufwand aus, der mit ihrer Nutzung verbunden ist. Sich einem über Newsletter oder Email verbreiteten Aufruf oder einer Anfrage an das Mitglied des Bundestages aus dem eigenen Wahlkreis anzuschließen, erfordert meist nur wenige Minuten; ein Diskussionsforum im Internet über mehrere Wochen regelmäßig zu verfolgen erfordert mehr Energie, ist aber auch flexibel leistbar und kaum vergleichbar mit dem Aufwand, an einer abendlichen öffentlichen Einwohner-/Bürgerversammlung teilzunehmen, ganz zu schweigen von der regelmäßigen Mitarbeit in einer Partei, oder in einer Bürgerinitiative. In der Abbildung 9 ist der erforderliche zeitliche Aufwand in Bezug gesetzt zum möglichen relativen Impact, der damit erzielt werden kann. Dies sind notgedrungen Schätzwerte, ist der mögliche Einfluss im Einzelfall doch sehr verschieden und hängt neben der ausgewählten Form von vielen weiteren Faktoren ab. Aber die Abbildung vermittelt eine grobe Vorstellung und verdeutlicht auch bei einer mit aller Vorsicht nötigen Betrachtung, dass es immer noch die sehr traditionellen Formen des Wählens und der Mitarbeit in Parteien sind, die den meisten Einfluss versprechen. Andererseits haben Kampagnen von NGOs mit Massenemails an Wahlkreisabgeordnete gezeigt, wie mit für die NutzerInnen einfachen Mitteln auch über die neuen Medien Einfluss ausgeübt werden kann.

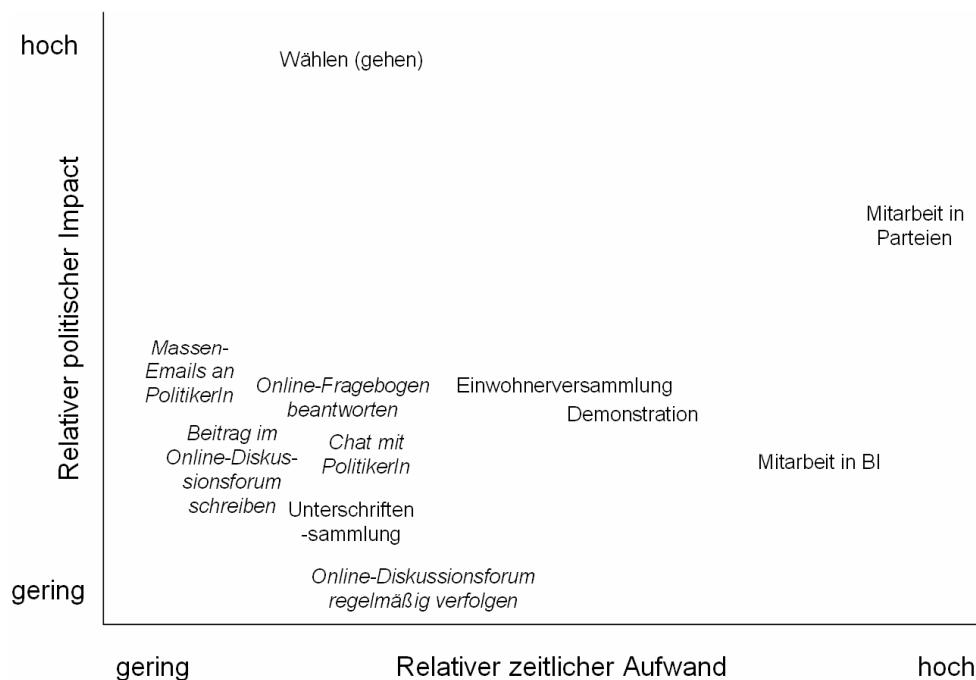


Abbildung 9: Politische Partizipationsformen zwischen Aufwand und Einfluss bzw. Impact (Schätzung durchschnittlicher Größenordnung auf Basis von Erfahrungswerten, Formen der E-Partizipation sind kursiv gesetzt)

Die Vielfalt der Beteiligungsformen wird zudem sehr unterschiedlich stark von verschiedenen Bevölkerungsgruppen genutzt. Die Befragungsergebnisse lassen zumindest auf der Beschreibungsebene für drei Gruppen Aussagen zu:

Frauen lassen sich offenbar nicht in gleichem Maße in das politische System integrieren wie Männer, soweit dies die Indikatoren „Interesse an Politik“, „Erfahrung mit politischer Partizipation“, „Erfahrungen mit „E-Partizipation“ anzeigen. Dies ist offenbar nicht auf immer noch bestehende sozio-ökonomische Benachteiligungen zurückzuführen, sondern klar geschlechtsbezogen. Zwei Befunde aber relativieren diese Interpretation:

- a. Neben den Formen der politischen Partizipation, an denen Männer wesentlich stärker partizipieren als Frauen (allen voran die Mitarbeit in Parteien, aber auch die meisten Formen der E-Partizipation wie Emails an Politiker, Antworten auf Fragebögen, Teilnahme an Diskussionsforen) gibt es andere, bei denen sie sich zu etwa gleichen Anteilen beteiligen (Unterschriftenlisten, genehmigte Demonstrationen und Initiativgruppen).
- b. Zum anderen zeigt die repräsentative Befragung, dass sich erst bei den über 29-Jährigen größere Geschlechterunterschiede im politischen Interesse auftun, bis dahin aber kaum. Erklärungen von unterschiedlichem Engagement der Geschlechter wie z. B. von Burns et al. (2001) greifen hier nicht, wonach Gender-Unterschiede als Resultat von unterschiedlichen Erfahrungen von Männern und Frauen zu betrachten seien, die in den nicht-politischen Institutionen des alltäglichen Lebens erworben werden (Familie, Schule, Arbeitsplatz, Freiwilligenvereinigungen, Kirche) und von Institution zu Institution kumulativ zu einer ungleichen Ausstattung von partizipationsfördernden Faktoren bei Männern und Frauen führen, welche sich dann in Geschlechterunterschieden in politischer Partizipation niederschlagen. Wäre dem so, dann müsste sich die Interessensschere schon in viel früheren Jahren auftun. Eine naheliegende Erklärung ist, dass Geschlechterunterschiede (zumindest in Deutschland) noch immer tief in gesellschaftlichen Strukturen verankert sind (Stichworte: wenige Krippenplätze und mangelnde Flexibilität der Arbeitszeiten) und dazu führen, dass es nach wie vor die Frauen sind, die sich (etwa ab Ende 20 Jahren) verstärkt der Kindererziehung und Familie widmen und dadurch die Prioritäten anders setzen (müssen). Dies ist allerdings eine mit Vorsicht zu betrachtende Interpretation und geht über die Ergebnisse der hier wiedergegebenen Befragungen hinaus. Hier wäre ein internationaler Vergleich z. B. mit den Daten aus skandinavischen Staaten interessant.

Junge Wahlberechtigte bis 24 Jahre: Während junge WählerInnen in der repräsentativen Befragung verglichen mit allen anderen Altersgruppen das geringste Interesse an Politik äußern (vg. Abbildung 10) und sich nach Longitudinalstudien auch ein negativer Trend ablesen lässt (vgl. Weßels 2008), ergibt ein Vergleich des politischen Engagements dieser speziellen Altersgruppe mit der gesamten deutschen Wahlbevölkerung eher ein differenziertes Bild. Dies gibt zudem Anlass zur Hoffnung, dass die über Internet gebotenen Partizipationsmöglichkeiten von dieser Gruppe genutzt werden und das geringere Interesse an anderen Partizipationsformen quasi kompensieren (vgl. Abbildung 10): Wesentlich weniger werden danach von dieser Altersgruppe Einwohner- bzw. BürgerInnenversammlungen besucht. Auch bei der Mitarbeit in Parteien und in geringerem Maße bei Unterschriftensammlungen fällt der relative Unterschied zwischen den 18- bis 24-Jährigen und der Gesamtbevölkerung auf. Auf der anderen Seite werden aber andere Partizipationsformen von diesen jungen Menschen wesentlich stärker (Internet-Tools wie Diskussionsforen und Fragebögen) bzw. etwas stärker (Emails an PolitikerInnen, Demonstrationen) genutzt als von der Gesamtbevölkerung. Interessant wären qualitative Untersuchungen über die Art der Nutzung und über die so konstruierten Politikverständnisse der jungen Menschen.

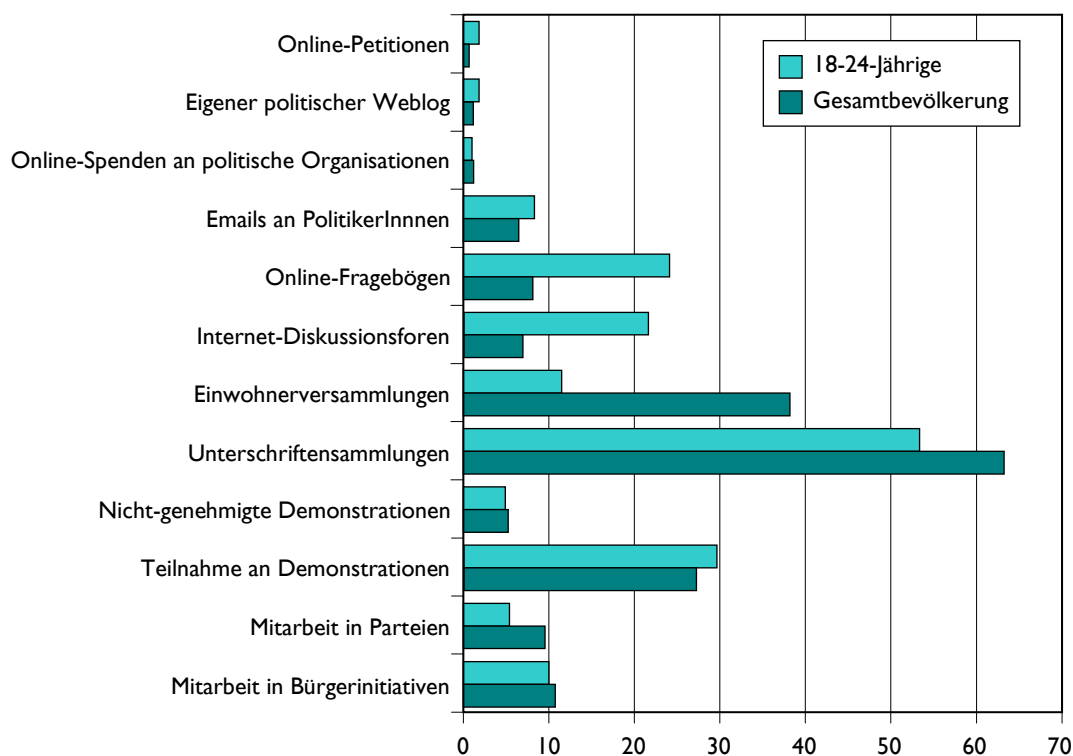


Abbildung 10: Vergleich der Nutzung verschiedener Formen der politischen Partizipation bei der gesamten Wahlbevölkerung über 18 Jahren und bei den 18- bis 24-Jährigen („Ja“-Antworten auf die Fragen „Haben sie schon einmal in/an ... mitgemacht/teilgenommen?“; in Prozent; N=1.031)

Sozial Benachteiligte (hier nur über die Indikatoren „Bildung“ und „Beruf“, nicht über „Einkommen“ erfasst) weisen bei allen Indikatoren niedrigere Werte auf als sozial besser situierte Bevölkerungsgruppen. Dieser Befund bestätigt das Standardmodell der Beteiligung. Neue Angebote der E-Partizipation verstärken dieses Faktum eher als dass sie es entschärfen.

Die Befragungsergebnisse könnten auch Grund zu mehr Gelassenheit in der gegenwärtigen Diskussion um Politik(er)verdrossenheit geben: Es gibt keine Rechtfertigung für die These, dass das Ausmaß der Integration bestimmter Bevölkerungsgruppen in das politische System sinkt, es sei denn, man setzt dieses politische System gleich mit Wahlbeteiligung und Mitgliedschaft in Parteien (Interessenverbänden). Hier gibt es in der Tat Rückgänge, die aber eher auf kulturelle Veränderungen hindeuten denn auf Defizite des politischen Systems selbst: Es gibt heutzutage eben mehr Möglichkeiten, politische Ansichten zu artikulieren als dies noch vor vierzig Jahren der Fall war – in Ostdeutschland wie auch in Westdeutschland. Viel eher sollte man sich Gedanken machen, ob nicht vielmehr die Transmissionsriemen dieses Systems veraltet sind und dringend einer Reformierung bedürfen – hierzu gehören z. B. die politischen Parteien und ihre internen Rekrutierungs- und Bindungsmechanismen. In einer offenen Gesellschaft diversifizieren sich nicht nur gesellschaftliche Subsysteme, sondern auch deren Kommunikationsformen. Den auf diese Weise(n) aggregierten politischen Willen der Allgemeinheit zu fassen ist sicher wesentlich komplexer als es sich liberale Demokratietheoretiker einst gedacht haben.

5.2 Grenzen eines partizipationsorientierten Demokratieverständnisses

Die Forderung nach der Notwendigkeit der Einbeziehung möglichst breiter und repräsentativer Kreise in den politischen Entscheidungsfindungsprozess kann nur normativ begründet werden. Bislang geschieht dies in der politischen Praxis der meisten Länder Westmitteleuropas auf zweierlei Art. (1) Über regelmäßig stattfindende Wahlen wird das Egalitätsprinzip einer Demokratie erfüllt, indem auf breiter Legitimationsbasis RepräsentantInnen hervorgehen, die zumeist vorher einem parteiinternen Ausleseverfahren unterzogen wurden. (2) Durch definierte Verfahren wie z. B. in Bauleitplanverfahren sollen den einzelnen allgemein und unmittelbar Betroffenen speziell sowie Verbänden- und Lobbyistengruppen Beteiligungsmöglichkeiten eingeräumt werden, wodurch das administrative Alltagsgeschäft und die am Ende der Partizipationsverfahren stehenden Entscheidungen legitimiert werden. Wahlen dienen vor allem der Gewährleistung des Gleichheitsprinzips westlicher Demokratien, rechtsstaatliche Verfahren der profunden Entscheidungsfindung durch Sammeln ausreichender Informationen und durch notwendigen Interessenausgleich. Beide Arten sind nicht mehr zeitgemäß; die erste erodiert aufgrund schwindender Wahlbeteiligung in fast allen westeuropäischen Ländern, die zweite sieht sich seit vielen Jahren zunehmender Kritik ausgesetzt, u. a. weil bestimmte Gruppen bevorzugt werden oder viele derart getroffene Entscheidungen in einem anschließenden Klageverfahren nicht bestehen und in der Folge die Umsetzung hinausgezögert wird. Es gibt einen starken (zivil-) gesellschaftlichen Veränderungsdruck, der auch nach Entwicklung neuer Verfahren und Einbeziehung weiterer Bevölkerungsgruppen drängt. Gleichzeitig sind durch die IKT neue Werkzeuge entstanden, die in der E-Partizipation genutzt werden; aber auch diese neuen Technologien bringen für die meisten Teile der Bevölkerung keine einschneidende Veränderung, wie die oben dargelegten Ergebnisse gezeigt haben, sondern verstärken eher die „partizipative Kluft“ und perpetuieren das Standardmodell der Beteiligung. Eher besteht noch die Gefahr, dass aus den Vorteilen, die einige Bevölkerungsgruppen aus dem Nutzen der IKT ziehen können, neue Ungleichheiten entstehen (vgl. Warschauer 2003, Kvasny 2006).¹⁸

Unbeantwortet ist die Frage, mit wie viel nicht gelungener politischer Integration bzw. mit welchem Grad an Exklusion eine Demokratie auskommen kann und wie sich diese letztendlich äußert.¹⁹ Ein hohes Ausmaß an politischer Partizipation ist auch nicht zu verwechseln mit einer funktionierenden Demokratie – Massenaufmärsche/-demonstrationen gab es auch im Nazideutschland, und eine hohe Wahlbeteiligung sagt auch nichts darüber aus, wer gewählt wird bzw. welche latenten undemokratischen Haltungen latent vorhanden sind. Die Studie der Friedrich Ebert-Stiftung zieht das Fazit, dass „Armut bzw. soziale Disparität. . zu Demokratieverlust [führen]“, weil es einen „engen Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung der eigenen finanziellen Situation und der generellen Einstellung zur Demokratie in Deutschland [gibt]“ (FES 2008, 15). Auf die Frage „Was glauben Sie, wie gut funktioniert die Demokratie bei uns in Deutschland?“ antworteten 31 %, sie funktioniere „weniger gut“, 6 % bewerteten sie als „schlecht“. Überdurchschnittlich gaben dies Arbeitslose (73 %), Befragte aus Hartz-IV-Haushalten (63 %), Ostdeutsche (61 %) und Personen aus Haushalten mit einem Haushaltsnetto-Einkommen unter 700 € an (60 %) (ebd., S. 9).²⁰ Diese Behauptung ist mit Vorsicht zu genießen, sollte man doch erst den zugrundeliegenden Demokratiebegriff genauer analysieren (siehe Kapitel 4). Vergleichende Studien zeigen, dass es in westlichen

¹⁸ Entsprechend der Diskussionen der „digital inequality“ im angloamerikanischen Sprachraum bilden soziale Ungleichheiten in der Qualität der Ausbildung, der Arbeit, der Konsummöglichkeiten und der demokratischen Partizipation den Kern der digitalen Ungleichheiten (vgl. Norris 2001).

¹⁹ Zur Exklusion vgl. Bude/Willisch (2008).

²⁰ Acht Prozent meinten, sie funktioniere „sehr gut“ und 54 % „gut“ (ebd.).

Demokratien in den letzten Jahrzehnten immer sehr große Unterschiede innerhalb der Bevölkerungen hinsichtlich der Identifikation mit dem politischen System und der politischen Partizipation gegeben hat.²¹ Vor dem Hintergrund des Nationalsozialismus ist es allerdings angebracht, dass man sensibel ist und politische Inklusionsstrategien verfolgt, die auch aufwändigere Strategien für benachteiligte Gruppen einbezieht. Politische Partizipation ist dabei eng verknüpft mit politischer Bildung.

5.3 **Motive politischer Partizipation und Auswirkungen für die „Anbieter“ von Partizipationsanlässen**

Vor dem Hintergrund der in der Nutzerbefragung geäußerten Motive für eine Teilnahme an Partizipationsmöglichkeiten sollte auch darüber nachgedacht werden, ob die oben vorgegebene Definition von „politischer Partizipation“ als Tätigkeiten bzw. Handlungen, die „Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems ... beeinflussen“ sollen (Kaase 1992, S. 339), hinsichtlich der unterstellten *absichtsvollen Einflussnahme* noch zeitgemäß ist. Die individuellen Motive für Partizipation und damit implizit die Abkehr von traditionellen Formen der Beteiligung werden bislang verschiedenartig erklärt, z. B. als Rational Choice (Downs 1957, Naschold et al. 1998, Emmer 2005), über die Institutionenökonomie (vgl. Wesselmann 2002) oder mit einem postmateriellen Wertewandel (vgl. Inglehart 1989, Klages 2000). Abwägungsfaktoren und Motive für das Nutzen bestimmter Partizipationsformen sind demnach

- der individuelle Aufwand an Ressourcen in Form von Zeit, Geld und Aufmerksamkeit sowie die Transaktionskosten (Such- und Informationskosten, Entscheidungskosten, Transferkosten, Kontrollkosten);
- Effizienz – mit der Partizipationsmethode kann mit vertretbarem Aufwand aus Sicht der engagierten Bürgerinnen politisch etwas bewirkt werden;
- Pflichterfüllung als StaatsbürgerIn – insbesondere die Teilnahme an Wahlen hatte jahrzehntelang etwas mit Erfüllung (ungeschriebener) Vorschriften zu tun und wird auch heutzutage noch vielfach als „demokratische Pflicht“ aufgefasst – gerade vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte mit Faschismus und Erziehung zur Demokratie nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Abkehr hiervon inklusive der Auffassung vom Nicht-Wählen als Bekunden einer bestimmten politischen Meinung kann auch als Ausdruck einer Normalisierung aufgefasst werden.
- Spaß und Neugier – politisches Engagement wird kaum noch als Pflichterfüllung oder unangenehme Notwendigkeit angesehen, sondern kann durchaus auch unterhaltende Anteile haben (so zum Beispiel der elektronische Haushaltsrechner in einigen Verfahren zu Bürgerhaushalten in Berlin-Lichtenberg, Hamburg oder Freiburg).
- Fortbildung i. S. des Informierens über und Lernens bestimmter politischer Zusammenhänge, unterschiedlicher Ansichten und Argumentationsweisen von MitbürgerInnen oder von ExpertenInnen, bestimmter Zusammenhänge, die themenspezifisch sind (Stadtplanung, Haushaltsrecht etc.);

²¹ In älteren Studien steht einem engagierten Kern von drei bis fünfzehn Prozent der Bevölkerung („Aktivbürger“) eine große Gruppe politisch gleichgültiger Gesellschaftsmitglieder gegenüber, die allgemein als politisch apathisch qualifiziert wird. In einer empirischen Studie über die USA konstruierte Milbrath eine Hierarchie des politischen Engagements, angefangen von einer 30- bis 40 % starken Gruppe Apathischer („apathics“), 60 % politischer Konsumenten („spectators“) und ein bis zwei Prozent Aktivisten („gladiators“) (vgl. Milbrath 1965); vgl. Fußnote 15 zum „Standardmodell der Beteiligung“.

- Thematisches Interesse, das von individuellen Interessen geleitet ist oder „republikanisches Interesse“ – es wird ein politisches Problem gesehen und die Notwendigkeit, eine Lösung im Sinne eines vermeintlichen *Volonté Générale* zu finden;
- Soziale Interessen, Gleichgesinnte kennenzulernen (sowohl im privaten Sinne als auch als politische Assoziierung);
- Persönlich-psychologische Motive – von der Suche nach guten Selbstdarstellungsmöglichkeiten hin zu fast gegenteiligen Motiven, Einfluss ausüben zu wollen ohne persönliche Zurschaustellung (Anonymität);
- Bekanntheitsgrad der Beteiligungsmöglichkeit (vgl. den Begriff der Meta-Kommunikation, den wir in diesem Zusammenhang eingeführt haben; Kubicek et al. 2009).

Diese Motive sind auf die einzelnen BürgerInnen bezogen auch nicht für jedes Angebot und jeden Zeitpunkt einheitlich. Die Faktoren „Spaß“, „Fortbildung“, „Assoziierung“ sollten auch vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass der Stellenwert der politischen Institutionen im gesamtgesellschaftlichen Machtgefüge angesichts von Globalisierung und Primat des Ökonomischen geringer wird und kulturell konkurrierende Betätigungsmöglichkeiten eher zunehmen. Dies ist vielen BürgerInnen offenbar bewusst und kommt z. B. in den Einschätzungen, die in Abbildung 4 wiedergegeben wurden, zum Ausdruck: Dort wurde als Motiv zur Beteiligung an Partizipationsangeboten auf der Bundesebene angegeben, dass dies in erster Linie das Interesse (68 %) ist, obgleich gleichzeitig die wenigsten von ihnen meinen, dass sie dort etwas bewirken könnten.

Diese Auflistung zeigt, dass es mittlerweile fließende Übergänge von der politischen Partizipation zu anderen Motiven bzw. Zielen wie beispielsweise dem umfassenderen Ziel der „politischen Kommunikation“, dem „ehrenamtlichen Engagement“, der „politischen Bildung“ bis hin zur „Unterhaltung“ gibt. Ein solches „Politainment“ bedeutete dann in Ergänzung zu Dörner (2001) nicht nur, dass die politischen Akteure auf Instrumente und Stilmittel der Unterhaltungskultur zurückgreifen, um ihre Ziele zu verwirklichen, sondern dass sie diese auch einsetzen, wenn die BürgerInnen für Partizipation gewonnen werden sollen.²² Es sei hier nur an den historischen Wandel des Begriffes in den vergangenen Jahrzehnten erinnert, der sich in den 70er Jahren noch auf Wahlen und die Auswahl des politischen Personals beschränkte (vgl. Verba/Nie 1972, Barnes et al. 1979).²³

Im Diskurs über die klassische Verfahrensbeteiligung als einer zentralen Säule der politischen Partizipation werden folgende Ziele, Zwecke und Funktionen von Bürgerbeteiligung aufgeführt (vgl. Fisahn 1996, S. 65f.).

- Information der Behörde einerseits und der Bürger andererseits,
- Interessenvertretung und -ausgleich,
- Effektivitätssteigerung der Verwaltung,
- Schaffung von Akzeptanz für Entscheidungen sowie
- vorgelagerter Rechtsschutz und Gewährleistung rechtlichen Gehörs.

²² Die andere von Dörner aufgezeigte Ebene des Politainment, die politische Unterhaltung, zeigt, dass politische Vorgänge mittlerweile in der Gesellschaft als durchaus spannend angekommen sind; nicht von ungefähr verwendet die Unterhaltungsindustrie gezielt politische Figuren, Themen und Geschehnisse, um ihre Produkte interessant und attraktiv zu gestalten.

²³ Verba und Nie (1972) klassifizierten den Begriff politische Partizipation als „those activities by private citizens that are more or less directly aimed at influencing the selection of governmental personnel and/or the actions they take“ (Verba/Nie 1972, S. 2). Ähnlich charakterisierten Barnes et al. (1979) politische Aktionen als „all voluntary activities by individual citizens intended to influence either directly or indirectly political choices at various levels of the political system“ (S. 42).

Diesen sollten noch weitere hinzugefügt werden, die die gerade aufgezählten unterschiedlichen Beteiligungsmotive der BürgerInnen, aber auch die Interessen der Verwaltung an effektiver Entscheidungsfindung bzw. sinnvoller Nutzung begrenzter eigener Ressourcen berücksichtigen:

- Politische Partizipation kann auch dazu dienen, wenig partizipierenden Bevölkerungsgruppen Kenntnisse politischer Abläufe zu vermitteln und hier insbesondere ein Verständnis für die Notwendigkeit und Schwierigkeit des Abwägens ganz unterschiedlicher Belange. Dies ist der Vorteil einer so „überkommenen“ Einrichtung wie der politischen Partei, dass sie dieses Abwägen in Form interner Diskussionen gewährleistet; es geschieht aber kaum in neueren Partizipationsformen wie Bürgerinitiativen und anderen (monothematischen) Interessengruppen, (E-)Petitionen oder Unterschriftenlisten. Politik und Verwaltung würden dann Anlässe schaffen, in einem Beteiligungsverfahren diese Abwägung zu leisten.
- Ähnlich gelagert ist der Zweck, in solchen Verfahren einen Blick für den Volonté Generale zu vermitteln, also dafür, dass es gerade bei konfliktbeladenen Themen gemeinsame Ziele geben kann bzw. Ziele, die sich von den individuellen Interessen unterscheiden, so dass vom Individualinteresse abstrahiert und ggf. empathisch auf die Interessen- und Bedürfnislagen anderer Bevölkerungsgruppen geschaut werden muss.

Während die erste Gruppe der für die „klassische Verfahrensbeteiligung“ genannten Ziele für die Mehrzahl aller Verfahren gelten sollte und in aller Regel nur einen kleinen Kreis von Betroffenen bzw. Interessierten ansprechen wird, sind die beiden ergänzten Ziele solche, mit denen auch andere Kreise angesprochen werden sollten, die stark die Funktion politischer Sozialisation und Integration zu erfüllen haben. Soll dies gelingen, muss aber auf die Nutzungsgewohnheiten der Zielgruppen Rücksicht genommen werden. Dies bedeutet, dass sie dort abgeholt werden müssen, wo sie sich aufhalten, und dass Formen gewählt werden müssen, die ihnen vertraut sind oder die ihnen liegen. Dies bedeutet am Beispiel der drei oben (5.1) herausgehobenen Bevölkerungsgruppen, dass man bei Frauen nicht gerade Methoden wie Emails mit PolitikerInnen oder Parteiaktivitäten wählt, sondern eher Interessengruppen oder Unterschriftenlisten, und bei Jugendlichen nicht abendliche EinwohnerInnenversammlungen, sondern eine Online-Partizipationsform²⁴, bei sozial Benachteiligten verschiedene Abwandlungen der Anwaltsplanung und nicht Formen der E-Partizipation (vgl. Barloschky 2005, Stiftung Mitarbeit 2003).

²⁴ Dass dies noch nicht automatisch deren Beteiligung gewährleistet, habe ich gemeinsam mit Barbara Lippa und Herbert Kubicek in der Auswertung verschiedener Fallbeispiele von politischer Partizipation näher ausgeführt (Kubicek et al. 2009).

6 Literatur

- Aichholzer, G., Westholm, H., 2009: Evaluating eParticipation Projects: Practical Examples and Outline of an Evaluation Framework, *European Journal of ePractice*, No. 7, March, 27-44.
<http://www.epracticejournal.eu/downloadpdf/7>.
- Albrecht, S., Kohlrausch, N., Kubicek, H., Lippa, B., Märker, O., Trénel, M., Vorwerk, V., Westholm, H., Wiedwald, C., 2008: *E-Partizipation – Elektronische Beteiligung von Bevölkerung und Wirtschaft am E-Government*. Studie im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, Ref. IT 1. Bremen.
 URL: <https://www.e-konsultation.de/studien/site/pictures/ifib-zebralog%20e-partizipation.pdf>.
- Arzheimer, K., 2002: Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Barloschky, J., 2005: Soziale Stadt konkret: Bewohner(innen)beteiligung im internationalen Quartier Tenever. Beitrag zur Tagung »Modelle der lokalen Einwohner(innen) beteiligung« in Loccum vom 2.-4. September 2005, Rehburg-Loccum.
- Barnes, S. H., Kaase, M. et al., 1979: Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies. Beverly Hills, Calif.: Sage
- Bimber, B., 2000: Measuring the Gender Gap on the Internet. *Social Science Quarterly* 81(3), 868-877.
- Bude, H., Willisch, A., 2008: *Exklusion. Die Debatte über die „Überflüssigen“*. Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag.
- Burns, N., Schlozman, K.L., Verba, S., 2001: *The Private Roots of Public Action. Gender, Equality, and Political Participation*. Cambridge Mass./London: Harvard University Press.
- Dalton, R. J., 1988: Citizen politics in western democracies. Public opinion and political parties in the United States, Great Britain, West Germany, and France. Chatham N.J.
- Dörner, A., 2001: *Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft*. Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag.
- Downs, A., 1957: *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper and Row.
- Emmer, M., 2005: *Politische Mobilisierung durch das Internet? Eine kommunikationswissenschaftliche Untersuchung zur Wirkung eines neuen Mediums*. München: Verlag Reinhard Fischer.
- FES (Friedrich Ebert Stiftung), 2008: Arbeitspapier (Entwurf) *Persönliche Lebensumstände, Einstellungen zu Reformen, Potenziale der Demokratieentfremdung und Wahlverhalten*. Eine Untersuchung im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
 URL: www.fes.de/inhalt/Dokumente_2008/Zusammenfassung_Studie_GPI.pdf.
- Fisahn, A., 1996: Kampf gegen Windmühlen? Überlegungen zur Bedeutung der Bürgerbeteiligung für den Umweltschutz anlässlich der Beschleunigungsnovellen. *Neue Justiz. Zeitschrift für Rechtssetzung und Rechtsanwendung* (2), 63-70.
- FGWT – Forschungsgruppe Wahlen Telefonfeld, 2004: *Politische Partizipation in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage November 2003*, Mannheim.
- Fuchs, D., Roller, E., 2008: Einstellungen zur Demokratie. In: Statistisches Bundesamt et al., 2008, a.a.O., 397-401.
- Inglehart, R., 1989: *Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt*. Frankfurt/M., New York: Campus Verlag.

- Kaase, M., 1992: Politische Beteiligung. In: M. G. Schmidt (Hg.): *Die westlichen Länder. Lexikon der Politik*, Bd. 3., Frankfurt/M., 339-346: C. H. Beck.
- Klages, H., 2000: Engagement und Engagementpotential in Deutschland. Erkenntnisse der empirischen Forschung. In: Beck, U. (Hg.): *Die Zukunft von Arbeit und Demokratie*. Frankfurt/M., 151-170: Suhrkamp Verlag.
- Krack-Rohberg, E., Weichs, K., 2008: Teilnahme am politischen und religiösen Leben. In: Statistisches Bundesamt et al., 2008, a.a.O., 383-388.
- Kubicek, H., Lippa, B., Westholm, H., 2009: *Medienmix in der Bürgerbeteiligung. Die Integration von Online-Elementen in Beteiligungsverfahren auf lokaler Ebene*, Sonderband 33 der Reihe Modernisierung des öffentlichen Sektors, Berlin: edition sigma.
- Kvasny, L., 2006: The cultural (re)production of digital inequality. *Information, Communication and Society* 9(2), 160-181.
- Lazarsfeld, P., Berelson, B., Gaudet, H., 1944: *The People's Choice. How the voter makes up his mind in a presidential campaign*. New York/London: Duell, Sloan, and Pearce.
- Macintosh, A., Malina, A., Whyte, A., 2002: Designing e-democracy for Scotland. *Communications: The European Journal of Communications* 27(2), 261-278.
- Milbrath, L. W., 1965: *Political Participation: How and Why Do People Get Involved in Politics?* Chicago: Rand McNally.
- Naschold, F., Oppen, M., Wegener, A., 1998: *Kommunale Spitzeninnovationen: Konzepte, Umsetzung, Wirkungen in internationaler Perspektive*. Berlin: edition sigma.
- Norris, P., 2001: *Digital Divide: Civic Engagement, Information Poverty, and the Internet Worldwide*. Cambridge, MA.: Cambridge University Press.
- Statistisches Bundesamt (Destatis), Noll, H.-H., Habich, R., 2008: *Datenreport 2008: Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Stiftung Mitarbeit (Hg.) 2003: *Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch*. Bonn
- Verba, S., Nie, N.H., 1972: *Participation in America. Political democracy and social equality*. Chicago: University of Chicago Press.
- Warschauer, M., 2003: *Technology and social inclusion: Rethinking the digital divide*. Cambridge, MA: MIT Press.
- Wesselmann, C., 2002: *Internet und Partizipation in Kommunen. Strategien des optimalen Kommunikations-Mix*, Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.
- Weßels, B., 2008: Politische Integration und politisches Engagement. In: Statistisches Bundesamt et al., 2008, a.a.O., 391-396.
- Westholm, H., 2003: Praxis von e-Democracy auf kommunaler Ebene – zur Anschlussfähigkeit eines neuen Mediums. In: A. Rogg (Hg.): *Wie das Internet die Politik verändert. Einsatzmöglichkeiten und Auswirkungen*, Opladen: Leske + Budrich, 21-32.
- Westholm, H., 2007: Politische Partizipation als Integration von Medien und anderen Kommunikationsformen. In: Neuhaus, R., Wilforth, S. (Hg.): *Partizipation und Integration*. Raumplanung Spezial 11. 4/2007, Dortmund, 29-44.
- Westholm, H., 2008: *End-of-project-evaluation of the Interreg III B project Evoice*. Bremen http://www.ifib.de/publikationsdateien/EVOICE_end-of-project_evaluation_report_fin..pdf, Zugriff am 14.01.09.

Bisher erschienene manu:scripte

- ITA-01-01 Gunther Tichy, Walter Peissl (12/2001): Beeinträchtigung der Privatsphäre in der Informationsgesellschaft. <www.oeaw.ac.at/ita/pdf/ita_01_01.pdf>
- ITA-01-02 Georg Aichholzer(12/2001): Delphi Austria: An Example of Tailoring Foresight to the Needs of a Small Country. <www.oeaw.ac.at/ita/pdf/ita_01_02.pdf>
- ITA-01-03 Helge Torgersen, Jürgen Hampel (12/2001): The Gate-Resonance Model: The Interface of Policy, Media and the Public in Technology Conflicts. <www.oeaw.ac.at/ita/pdf/ita_01_03.pdf>
- ITA-02-01 Georg Aichholzer (01/2002): Das ExpertInnen-Delphi: Methodische Grundlagen und Anwendungsfeld „Technology Foresight“. <www.oeaw.ac.at/ita/pdf/ita_02_01.pdf>
- ITA-02-02 Walter Peissl (01/2002): Surveillance and Security – A Dodgy Relationship. <www.oeaw.ac.at/ita/pdf/ita_02_02.pdf>
- ITA-02-03 Gunther Tichy (02/2002): Informationsgesellschaft und flexiblere Arbeitsmärkte. <www.oeaw.ac.at/ita/pdf/ita_02_03.pdf>
- ITA-02-04 Andreas Diekmann (06/2002): Diagnose von Fehlerquellen und methodische Qualität in der sozialwissenschaftlichen Forschung. <www.oeaw.ac.at/ita/pdf/ita_02_04.pdf>
- ITA-02-05 Gunther Tichy (10/2002): Over-optimism Among Experts in Assessment and Foresight. <www.oeaw.ac.at/ita/pdf/ita_02_05.pdf>
- ITA-02-06 Hilmar Westholm (12/2002): Mit eDemocracy zu deliberativer Politik? Zur Praxis und Anschlussfähigkeit eines neuen Mediums. <www.oeaw.ac.at/ita/pdf/ita_02_06.pdf>
- ITA-03-01 Jörg Flecker und Sabine Kirschenhofer (01/2003): IT verleiht Flügel? Aktuelle Tendenzen der räumlichen Verlagerung von Arbeit. <www.oeaw.ac.at/ita/pdf/ita_03_01.pdf>
- ITA-03-02 Gunther Tichy (11/2003): Die Risikogesellschaft – Ein vernachlässigtes Konzept in der europäischen Stagnationsdiskussion. <www.oeaw.ac.at/ita/pdf/ita_03_02.pdf>
- ITA-03-03 Michael Nentwich (11/2003): Neue Kommunikationstechnologien und Wissenschaft – Veränderungspotentiale und Handlungsoptionen auf dem Weg zur Cyber-Wissenschaft. <www.oeaw.ac.at/ita/pdf/ita_03_03.pdf>
- ITA-04-01 Gerd Schienstock (1/2004): Finnland auf dem Weg zur Wissensökonomie – Von Pfadabhängigkeit zu Pfadentwicklung. <www.oeaw.ac.at/ita/pdf/ita_04_01.pdf>
- ITA-04-02 Gunther Tichy (6/2004): Technikfolgen-Abschätzung: Entscheidungshilfe in einer komplexen Welt. <www.oeaw.ac.at/ita/pdf/ita_04_02.pdf>
- ITA-04-03 Johannes M. Bauer (11/2004): Governing the Networks of the Information Society – Prospects and limits of policy in a complex technical system. <www.oeaw.ac.at/ita/pdf/ita_04_03.pdf>
- ITA-04-04 Ronald Leenes (12/2004): Local e-Government in the Netherlands: From Ambitious Policy Goals to Harsh Reality. <www.oeaw.ac.at/ita/pdf/ita_04_04.pdf>
- ITA-05-01 Andreas Krisch (01/2005): Die Veröffentlichung des Privaten – Mit intelligenten Etiketten vom grundsätzlichen Schutz der Privatsphäre zum Selbstschutz-Prinzip. <www.oeaw.ac.at/ita/pdf/ita_05_01.pdf>
- ITA-05-02 Petra Grabner (12/2005): Ein Subsidiaritätstest – Die Errichtung gentechnikfreier Regionen in Österreich zwischen Anspruch und Wirklichkeit. <www.oeaw.ac.at/ita/pdf/ita_05_02.pdf>
- ITA-05-03 Eva Buchinger (12/2005): Innovationspolitik aus systemtheoretischer Sicht – Ein zyklisches Modell der politischen Steuerung technologischer Innovation. <www.oeaw.ac.at/ita/pdf/ita_05_03.pdf>
- ITA-06-01 Michael Latzer (06/2006): Medien- und Telekommunikationspolitik: Unordnung durch Konvergenz – Ordnung durch Mediamatikpolitik. <epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_06_01.pdf>
- ITA-06-02 Natascha Just, Michael Latzer, Florian Saurwein (09/2006): Communications Governance: Entscheidungshilfe für die Wahl des Regulierungsarrangements am Beispiel Spam. <epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_06_02.pdf>
- ITA-06-03 Veronika Gaube, Helmut Haberl (10/2006): Sozial-ökologische Konzepte, Modelle und Indikatoren nachhaltiger Entwicklung: Trends im Ressourcenverbrauch in Österreich. <epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_06_03.pdf>
- ITA-06-04 Maximilian Fochler, Annina Müller (11/2006): Vom Defizit zum Dialog? Zum Verhältnis von Wissenschaft und Öffentlichkeit in der europäischen und österreichischen Forschungspolitik. <epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_06_04.pdf>
- ITA-06-05 Holger Floeting (11/2006): Sicherheitstechnologien und neue urbane Sicherheitsregimes. <epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_06_05.pdf>
- ITA-06-06 Armin Spök (12/2006): From Farming to „Pharming“ – Risks and Policy Challenges of Third Generation GM Crops. <epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_06_06.pdf>
- ITA-07-01 Volker Stelzer, Christine Rösch, Konrad Raab (3/2007): Ein integratives Konzept zur Messung von Nachhaltigkeit – das Beispiel Energiegewinnung aus Grünland. <epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_07_01.pdf>

- ITA-07-02 Elisabeth Katzlinger (3/2007): Big Brother beim Lernen: Privatsphäre und Datenschutz in Lernplattformen.
<epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_07_02.pdf>
- ITA-07-03 Astrid Engel, Martina Erlemann (4/2007): Kartierte Risikokonflikte als Instrument reflexiver Wissenspolitik.
<epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_07_03.pdf>
- ITA-07-04 Peter Parycek (5/2007): Gläserne Bürger – transparenter Staat? Risiken und Reformpotenziale des öffentlichen Sektors in der Wissensgesellschaft. <epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_07_04.pdf>
- ITA-07-05 Helge Torgersen (7/2007): Sicherheitsansprüche an neue Technologien – das Beispiel Nanotechnologie.
<epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_07_05.pdf>
- ITA-07-06 Karen Kastenhofer (9/2007): Zwischen „schwacher“ und „starker“ Interdisziplinarität. Die Notwendigkeit der Balance epistemischer Kulturen in der Sicherheitsforschung zu neuen Technologien.
<epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_07_06.pdf>
- ITA-07-07 Ralf Lindner, Michael Friedewald (9/2007): Gesellschaftliche Herausforderungen durch „intelligente Umgebungen. Dunkle Szenarien als TA-Werkzeug. <epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_07_07.pdf>
- ITA-07-08 Alfons Bora (11/2007): Die disziplinären Grundlagen der Wissenschaft.
<epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_07_08.pdf>
- ITA-08-01 Alexander Degelsegger (5/2008): „Frames“ in sozialwissenschaftlichen Theorieansätzen. Ein Vergleich aus der Perspektive der Technikforschung. <epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_08_01.pdf>
- ITA-08-02 Jens Hoff (11/2008): Can The Internet Swing The Vote? Results from a study of the 2007 Danish parliamentary election. <epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_08_02.pdf>
- ITA-09-01 Georg Aichholzer, Doris Allhutter (2/2009): e-Participation in Austria: Trends and Public Policies.
<epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_09_01.pdf>
- ITA-09-02 Michael Nentwich (11/2009): Cyberscience 2.0 oder 1.2? Das Web 2.0 und die Wissenschaft.
<epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_09_02.pdf>
- ITA-09-03 Hilmar Westholm (12/2009): Wandel der Formen politischer Partizipation und der Beitrag des Internet. Schlussfolgerungen aus Bevölkerungsbefragungen in Deutschland.
<epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_09_03.pdf>